Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln

Newsletter Mai 2021

Editorial ..... **S. 1**
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums ..... **S. 2**
Weitere Veranstaltungen ..... **S. 4**
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes ..... **S. 14**
Neu in der Bibliothek ..... **S. 24**
Am rechten Rand ..... **S. 27**
Bildnachweise und Impressum ..... **S. 30**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die Opferberatung Rheinland (OBR) und die für Westfalen zuständige Opferberatungsstelle BackUp dokumentieren seit 2017 rassistische, rechte sowie antisemitische Gewalt in NRW. In einer Pressekonferenz Ende April stellten sie die Zahlen für das Jahr 2020 vor. Das Ergebnis ihrer Recherche zeigt, dass rechte Gewalt in NRW trotz der Pandemie weiterhin auf einem hohen Niveau ist. Für das Jahr 2020 lassen sich 98 rechte Gewalttaten gegen mindestens 267 direkt betroffene Menschen verzeichnen. Dabei war Rassismus das mit großem Abstand am häufigsten Tatmotiv und bleibt damit weiterhin ein schwerwiegendes Problem. Die beiden Beratungsstellen weisen darauf hin, dass immer mehr Angriffe im direkten Wohnumfeld stattfinden würden. „Nicht nur während einer Pandemie erfüllt der persönliche Wohnraum häufig eine besondere Schutz- und Rückzugsfunktion“, so Birgit Rheims von der OBR. „Wenn dieser sensible Ort aber Ziel von Angriffen wird, kann das Sicherheitsgefühl im eigenen Zuhause massiv erschüttert werden und bei den Betroffenen zu einem chronisch hohen Stresslevel mit gravierenden gesundheitlichen Folgen führen“ (s. dazu auch die Pressemitteilung auf S. 17).

Eine Person, die genau das durchleben musste, ist die Comdey-Autorin Jasmina Kuhnke, die u.a. unter @ebonyplusirony einen Twitter-Account betreibt, dem Zigtausende folgen. Sie schreibt klug und manchmal auch provokant zu den Themen Rassismus und Diskriminierung. Schon seit Längerem wurde sie von Internettrollen angefeindet. Doch dann wurde schließlich ein Video voller Gewaltfantasien, rassistischer Beleidigungen und sogar mit einer konkreten Todesdrohung veröffentlicht. Zudem wurde die Privatanschrift der Autorin bekannt gemacht. Dem folgte der Psychoterror. Plötzlich klingelt es ständig. Pizzalieferungen, die sie nie bestellt hatte, kamen auf einmal an dem Haus an. Um ihre Familie und sich zu schützen, wandte sie sich an die Polizei, die ihr jedoch nicht den erhofften Schutz zukommen ließ. Schließlich sah sie sich gezwungen umzuziehen. Auf die nachfolgenden medialen Berichterstattung gab es viel negative Rückmeldungen (z.B. nach dem Motto „selbst schuld, wer sich so gegen rechts positioniert“). Es gab aber auch viel positives Feedback, Unterstützung und Spenden für Opfer rechter Bedrohungen (s. S. 14). Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus hat Jasmina Kuhnke begleitet. Ihr Beispiel zeigt, welches Ausmaß rassistische Hetze und Hass im Netz annehmen kann und bestätigt die Ergebnisse der Recherche von OBR und BackUp.

Während das NS-Dokumentationszentrum im April wieder schließen musste, ist vor wenigen Tagen der Jahresbericht 2020 erschienen. Das 256 Seiten umfassende Dokument zeigt: Selbst in Zeiten der Pandemie können wir auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken (s. S. 3).

Ich danke Saskia Jende für die Unterstützung bei der Erstellung dieses Newsletters, insbesondere beim Vorwort. Ich hoffe, dass wir wieder einige interessante Informationen für Sie zusammenstellen konnten. Kommen Sie gut durch diese Zeit.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Wegen der stark steigenden Infektionszahlen in Köln ist das NS-Dokumentationszentrum wie alle Kölner Museen seit Dienstag, den 13. April 2021, wieder komplett geschlossen. Wann und unter welchen Bedingungen das Haus wieder geöffnet werden kann und Präsenz-Veranstaltungen wieder möglich sind, ist derzeit nicht absehbar. Bitte informieren Sie sich über aktuelle Entwicklungen unter: www.nsdok.de.

Bi_PoC Schreibwerksatt

Workshop, Sonntag, 16. Mai 2021, 13-17 Uhr

Magst du kreatives Schreiben? Ob du schon länger schreibst oder gerade erst anfängst, das ist unwichtig. Wir möchten im SAFER SPACE (möglichst sicherer Raum) gemeinsam ins Schreiben kommen und uns darüber austauschen. Mit verschiedenen Schreibübungen werden euch Impulse, Ideen und mögliche Themen gegeben, anhand derer ihr ins Schreiben kommen könnt.

Dieser Raum ist nur für Menschen gedacht, die von Rassismus betroffen sind, sprich Black, Indigenous and People of Color, migrantisierte und rassifizierte Menschen (max. 12 Teilnehmende)

Der Workshop, organisiert von Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, findet online statt und wird von Reezy Reez durchgeführt.

Anmeldung per Mail an:
felicia.koettler@stadt-koeln.de

Portale, 360-Grad-Rundgang und Recherche: Das NS-DOK in der digitalen Welt

Online-Vortrag, Donnerstag, 20. Mai 2021, 15 Uhr

Das NS-DOK hat in den letzten Jahren eine umfangreiche digitale Struktur aufgebaut, um seine Inhalte und Themen auch im WorldWideWeb zu präsentieren: Längst findet sich die Dauerausstellung auch im virtuellen Raum, verschiedene thematische Portale von der „Erlebten Geschichte“ bis hin zu „Jugend 1918 – 1945“ präsentieren umfangreiches Material sowie Hintergrundinformationen und Online-Kataloge oder Dokumentationen bieten zahlreiche Recherchemöglichkeiten.

Lernen Sie in dieser Online-Veranstaltung die verschiedenen digitalen Angebote des NS-DOK kennen, erhalten Sie Tipps und Hinweise zu deren Nutzung und tauschen Sie sich mit dem zuständigen Referenten über die digitalen Perspektiven in der Bildungs- und Vermittlungsarbeit aus.

Referent: Dr. Dirk Lukaßen

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung bis 16.05.2021 unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=36017&inst=14

Nach erfolgreicher Anmeldung erhalten Sie den Zugangslink zur Videoplattform BigBlueButton mit allen notwendigen Informationen per Mail.

Erfolgreiche Arbeit trotz Pandemie

Jahresbericht des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln veröffentlicht

Die Corona-Pandemie hat natürlich auch die Arbeit des NS-Dokumentationszentrums im Jahr 2020 bestimmt. Die beiden Lockdowns führten vom 14. März bis zum 5. Mai und ab dem 2. November 2020 zur Schließung des Hauses und zur Absage aller Präsenz-Veranstaltungen in dieser Zeit. In der Zeit der Öffnung fehlten lange die beiden Hauptbesuchsgruppen: Touristen und Schulklassen. Diese führte zu einem erheblichen Rückgang an Besucherinnen und Besuchern: Hatten wir 2019 fast die 100.000-Marke erreicht, so ging die Besucherzahl im Jahr 2020 auf 31.224 zurück – ein Rückgang um fast zwei Drittel. Dies ist ein Wert, den das NS-DOK zuletzt 2004 hatte.
Doch so gravierend die Einschnitte auch waren, zeigt doch der Jahresbericht 2020, dass das NS-Dokumentationszentrum als Museum und Gedenkstätte deutlich mehr ist als ein Ausstellungs- und Veranstaltungsort. In vielen anderen Bereichen lief der Betrieb im Wesentlichen weiter und konnte ein umfangreiches Programm entwickelt werden. Dies zeigt allein, dass der Jahresbericht 2020 mit 256 Seiten den gleichen Umfang hat wie im Jahr zuvor.

Es wurden sieben Sonderausstellungen gezeigt: Vergiss deinen Namen nicht – Die Kinder von Auschwitz; Erinnern – Eine Brücke in die Zukunft. Ausstellung von Arbeiten zum 22. Jugend- und Schülergedenktag 2020; Kriegsenden in Köln: 6. März – 8. Mai 1945; Die IG Farben und das Konzentrationslager Buna-Monowitz. Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus; wächst das Rettende – das kurze Leben des Felix Nussbaum. Eine Kunstausstellung von Grigory Berstein (in kürzester Zeit anstelle der in das Jahr 2021 verschobenen Ausstellung Thessaloniki); Das Reichsarbeitsministerium 1933-1945. Beamte im Dienst des Nationalsozialismus; Einige waren Nachbarn: Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand während des Holocaust.

Fortschritte bei Planung und Umsetzung der Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums zum „Haus für Erinnern und Demokratie“ konnten erzielt werden. Die geplante Klimatisierung wurde stark ausgeweitet, um auch größeren Gruppen zukünftig ein sicheres Arbeiten zu ermöglichen.

Gebührenfreiheit für Kölner Schülerinnen und Schüler: Der Rat hat auf seiner Sitzung am 10. September 2020 einstimmig beschlossen, die Bildungsarbeit des NS-Dokumentationszentrums dauerhaft zu stärken. Kölner Schulklassen können zukünftig Führungen, Kurse und andere pädagogische Angebote wie Workshops im NS-Dokumentationszentrum kostenlos nutzen.
Köln verfügt seit dem 15. März 2020 über einen neuen und bedeutenden Gedenkort, den „Gedenkort Deportationslager Köln-Müngersdorf“.

Die Arbeit der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus wurde erheblich verstärkt. Die neue Fachstelle „[m²]: miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus“ startete 2019 mit Bildungsangeboten. 2020 kamen zwei weitere Bereiche hinzu: Recherche und Dokumentation antisemitischer Vorfälle und die Beratung für von Antisemitismus betroffenen Menschen. Im NS-DOK verfügt die Stadt Köln damit über ein bundesweit einzigartiges Angebot einer Kommune zur Auseinandersetzung gegen den Antisemitismus. Selbst zu Corona-Zeiten führte die ibs insgesamt beachtliche 151 Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus durch oder war direkt an diesen beteiligt.

Auch in Zeiten der Pandemie herrschte ein reges Interesse an der Arbeit des NS-DOK: Insgesamt 9.399 Personen nahmen an 630 Führungen und Workshops des NS-DOK teil. Selbst in Corona-Zeiten konnten immerhin 115 Veranstaltungen durchgeführt werden (2019 rund 200). Der Besuch der Internetseiten ist ebenso stark gestiegen wie die Zahl der Anfragen. Die Zeit der Lockdowns kam der Arbeit an wissenschaftlichen Projekten zugute. Dies gilt insbesondere für das große Projekt „Opposition und Widerstand“. Auch 2020 erhielt das NS-DOK wieder bedeutende Sammlungszugänge für die Dokumentation und den Bereich Jüdische Geschichte.

So gesehen kann das NS-Dokumentationszentrum selbst für die Zeit der Pandemie auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken.

Der 256 Seiten umfassende Jahresbericht steht als PDF zum Download zur Verfügung unter: www.nsdok.de
Die Druckfassung kann auf Wunsch zugesandt werden. Bestellung unter: nsdok@stadt-koeln.de

Der Jahresbericht der ibs steht als PDF zum Download zur Verfügung unter: www.mbr-koeln.de

Weitere Veranstaltungen

Aufgrund des aktuellen Infektionsgeschehens können Veranstaltungen im Mai 2021 nur online stattfinden können. Bitte informieren Sie sich auf den Kanälen der Veranstalter*innen über die aktuellen Entwicklungen.

Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher

Online-Seminar, Montag, 3. Mai 2021, 18 Uhr

Ver.di Köln lädt ein: *„Wir begehen in diesem Jahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland. Anlass ist ein römisches Gesetz, erlassen von Kaiser Konstantin im Jahre 321 für die jüdische Bevölkerung im damaligen Köln, das noch Colonia Claudia Ara Agrippinensum hieß. Dies ist das früheste schriftliche Dokument zum jüdischen Leben nördlich der Alpen.*

Judenfeindschaft hat eine lange Tradition von der Antike über das Mittelalter bis in die Moderne. Woher kommt das? Wie sieht Antisemitismus heute aus? Wie groß ist die Beeinträchtigung jüdischen Lebens durch Antisemitismus und was können wir dagegen tun?

Darüber möchten wir mit dem Geschäftsführer der Kölner Synagogengemeinde Herrn David Klapheck diskutieren. Wir freuen uns auf seinen Vortrag und die anschließende Diskussion und laden herzlich zu dieser öffentlichen Veranstaltung ein.“

Anmeldung unter: vera.schumacher@verdi.de

Kosten: gebührenfrei

„Ich war Hitlerjunge Salomon“

Online-Zeitzeugengespräch, Montag, 3. Mai 2021, 18 Uhr

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt ein: *„Der am 21. April 1925 als Sohn eines Rabbiners in Peine geborene Salomon ‘Sally“ Perel wurde im letzten Jahr 95 Jahre alt und gilt als einer der Letzten, die als Zeitzeugen von der Gewalt und der Brutalität des Nationalsozialismus berichten können.*

Nach der Zerstörung des eigenen Schuhgeschäfts durch die Nationalsozialisten, flüchtete die Familie zwischen 1935 und 1936 in den Osten nach Lodz in Polen. Nach dem Überfall der Wehrmacht und der Sowjetunion auf Polen, flüchteten Sally und sein Bruder auf Wunsch der Familie weiter in den sowjetisch besetzten Teil Polens. Mit den letzten Worten seiner Mutter: ‘Du sollst leben!’, und seines Vaters: ‘Vergiss nie, wer du bist’, verließ er seine Eltern, welche er danach nie wieder sah. Vor Minsk wurden die beiden Brüder schließlich von Soldaten der Wehrmacht aufgriffen. Um sein Leben zu bewahren und der Forderung seiner Mutter nachzukommen, verschleiert Sally Perel seine jüdische Identität: Salomon Perel wird geistesgegenwärtig zu Josef (Jupp) Perjell. Er tarnt sich und wird von seiner Umwelt von nun an als Volksdeutscher und Arier wahrgenommen, aufgrund seiner Sprachkenntnisse arbeitet er fortan als deutsch-russischer Dolmetscher. Seine jüdische Herkunft erahnt damals kaum einer, im Gegenteil wird er selbst Teil des nationalsozialistischen Systems.

Nachdem er sich kritisch mit seiner Vergangenheit auseinandersetzte, entschloss er sich, seine Geschichte öffentlich zu machen. Heute lebt Sally Perel in Israel, reist aber regelmäßig nach Deutschland, um die Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und von seinen Erlebnissen zu erzählen. Er warnt dabei: ‘Wir müssen alles tun, damit sich so etwas nicht wiederholt’. Daher berichtet der ‘Hitlerjunge Salomon’ öffentlich vom ‘dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte’, wie er den Holocaust bezeichnet.“

Anmeldung unter: https://www.kas.de/de/veranstaltungen/detail/-/content/ich-war-hitlerjunge-salomon-6

Kosten: gebührenfrei

Vielfalt statt Einfalt – dem Rechtsextremismus den Boden entziehen

Online-Seminar, Dienstag, 4. Mai 2021, 09.30 Uhr

Das LWL- Bildungszentrum Jugendhof Vlotho und LJR NRW laden ein: *„Mit diesem Fachtag widmen wir uns dem Thema 'Demokratieförderung in Juleica - Schulungen' mit Blick auf das Erstarken antidemokratischen Denkens. Die Vorstellung von für Juleica-Schulungen geeigneten Methoden zur adäquaten Behandlung der Thematik wird den Hauptteil unserer gemeinsamen Zeit ausmachen. Dazu haben wir Mitarbeiter*innen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR OWL) und des Vereins 'Argumente & Kultur gegen rechts' eingeladen. Antidemokratisches Denken und Strukturen, in denen rassistische und neonazistische Ideologie in die Praxis umgesetzt werden, finden sich auch bei Jugendlichen: Vom Wiederholen aufgeschnappter Stammtischparolen zur Provokation bis hin zur tiefen Verankerung rassistischer Weltbilder, Mitgliedschaften in Bands, Kameradschaften oder Parteien. Für einen sicheren Umgang mit dieser Problematik und der Förderung demokratischen Miteinanders braucht es Information und Methoden. Im Rahmen dieses Fachtags wird eine Einschätzung zum Phänomen 'Jugendliche in der extremen Rechten' für den Bereich Ostwestfalen-Lippe und auch darüber hinaus gegeben. Ganz im Sinne eines Praxistages richten wir anschließend unser Augenmerk auf methodische Möglichkeiten des praktischen Umgangs damit."*

Zielgruppe: Fachkräfte aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendringe, Jugendhäuser und Jugendämter.

Anmeldung bis 13.04.2021 unter: https://www.lwl-bildung.de/details?seminar=41084.

Kosten: 60 Euro

Weitere Infos: https://www.ljr-nrw.de/

Verschwörungsmythen, Halbwahrheiten und Desinformationen

Online-Vortrag, Mittwoch, 5. Mai 2021, 18 Uhr

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt ein: *„Wir leben in aufgeregten Zeiten: Gerade die Corona-Pandemie brachte und bringt fast täglich neue Halbwahrheiten, Gerüchte, gefälschte und verdrehte Informationen, Verschwörungserzählungen und Falschinformationen hervor. Sie greifen Raum, werden weitergeleitet und verbreiten sich rasend schnell - und erwecken so den Eindruck, die Realität widerzugeben. Wie soll man da noch wissen, was wirklich wahr und vertrauenswürdig ist? Wie kann man Fakten verstehen oder verständlich machen? Wie dringt man an die wirkliche Quelle einer Information vor?*

Die Autorin und Bloggerin Ingrid Brodnig, bekannt durch zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Hass im Netz, ist schon lange aktiv, um das Internet als Medium der Aufklärung zu verteidigen. Auch an diesem Abend wird sie zeigen, dass es für alle Nutzer von Internet und Social Media Möglichkeiten gibt, Desinformation und Falschmeldungen etwas entgegenzusetzen und echte Fakten verständlich zu machen. So auch in ihrem neuen Buch 'Einspruch! Verschwörungsmythen und Fake News kontern - in der Familie, im Freundeskreis und online' (Brandstätter-Verlag).

Die Österreicherin Ingrid Brodnig war von 2015 bis 2017 als Redakteurin des Nachrichtenmagazins 'Profil' für die Berichterstattung über digitale Themen zuständig. Zuvor war sie Leiterin des Medienressorts der Wiener Wochenzeitung 'Falter' und Autorin der wöchentlichen IT-Kolumne Digitalia'. Frau Brodnig erhielt für ihre journalistische Arbeit vielfache Auszeichnungen und Preise und wurde 2017 zum Digital Champion Österreichs in der EU ernannt."

Anmeldung und weitere Infos unter: www.fes.de

Kosten: gebührenfrei

Weder „Entweder“ noch „Oder“

Online-Vortrag, Mittwoch, 5. Mai 2021, 18 Uhr

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt ein: *„Israel polarisiert. Die israelische Gesellschaft ist polarisiert, aber auch der Blick von außen auf das Land ist häufig einseitig: Einer eher kleineren Gruppe von Menschen in Deutschland, die den Staat in jeder Hinsicht gegen Vorwürfe in Schutz nehmen, steht eine größere Gruppe entgegen, die mit sehr kritischem Blick auf Israel schaut. Für viele gibt es nur ein ‘Entweder’ oder ein ‘Oder’, das ‚Sowohl als auch‘ fällt schwer. Wie kommt es dazu?*
Die israelische Autorin und politische Bildnerin Anita Haviv-Horiner, in Wien geboren, und Dr. Christian Staffa, evangelischer Theologe und Beauftragter der EKD für den Kampf gegen Antisemitismus, arbeiten schon länger in israelisch-deutschen Dialogprojekten zusammen. Sie nehmen sich von deutscher und von israelischer Seite der Frage der Polarisierung an und arbeiten die farbigen Töne zwischen Schwarz und Weiß heraus. Dabei gehen sie von Biographien, Schicksalen und Lebenszeugnissen aus, denn darin kommt das Farbige erst zum Vorschein.“

Anmeldung unter: https://www.kas.de/de/veranstaltungen/detail/-/content/weder-entweder-noch-oder

Kosten: gebührenfrei

Aachen postkolonial 2021

Online-Vortrag, Donnerstag, 6. Mai 2021, 19 Uhr

Die Bischöfliche Akademie lädt in Kooperation mit VHS Aachen/ NRWeltoffen, und PÄZ Aachen ein: *„Mit dieser Veranstaltung wollen wir einen Blick auf unser Nachbarland Belgien und auf die aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussionen um die postkoloniale Verantwortung werfen.*

Zwischen 1885 und 1908 war die heutige Demokratische Republik Kongo das Privateigentum des belgischen Königs Leopold II., der das Land und die Bevölkerung grausam und systematisch mittels Sklaverei und Zwangsarbeit ausbeutete. Während seiner Herrschaft kamen im Kongo rund 10 Millionen Menschen ums Leben. Aufgrund des internationalen und nationalen Drucks auf Leopold II. verkaufte er die Privatkolonie 1908 gewinnbringend an den belgischen Staat. Sie wurde bis zur Unabhängigkeit von Belgien im Jahr 1960 ‘Belgisch-Kongo’ genannt.

In der Veranstaltung wollen wir kritisch und auf vielfältige Weise (Spoken-Words-Performances, Vortrag, Gesprächsrunde) die Auseinandersetzung Belgiens mit seiner Kolonialvergangenheit thematisieren, die nur sehr langsam voran schreitet. Erst im Juni 2020, also 60 Jahre nach der Unabhängigkeit, hat der belgische König Philippe erstmals öffentlich das koloniale Terrorregime Leopold II. bedauert und die damit einhergehenden Folgen, wie Rassismus kritisiert. Denn nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd in den USA im Mai 2020, den weltweiten Denkmalstürzen, die vor allem durch die Black-Lives Matter-Bewegung in Gang gesetzt wurden, haben sich auch in Belgien die Proteste gegen Rassismus, Neokolonialismus und eine unkritische Vergangenheitsbewältigung sowie beispielsweise der Wunsch nach einer posthumen Entthronung König Leopold II. vermehrt.

Die Veranstaltung wird voraussichtlich als Hybridveranstaltung, also einer Kombination aus Online- und Präsenzveranstaltung im Saal der Bischöflichen Akademie stattfinden. Im Anmeldeformular können Sie angeben, ob Sie an der Präsenz- oder der Onlineveranstaltung teilnehmen möchten.“

Referent/innen: Jessy James La Fleur, Spoken-Words Künstlerin, Belgien; Dr. Julien Bobineau, Wissenschaftler und Anti-Rassismustrainer, Würzburg; Emilene Wopana Mudimu, Spoken-Words-Künstlerin, Leiterin des KingzCorner e.V., Aachen; Dr. Christiane Bongartz, Direktorin der Bischöflichen Akademie, Aachen

Anmeldung bis 02.05.2021 unter: https://bak-ac.de/veranstaltungen/uebersicht/a-event/HYBRIDE-Veranstaltung-Belgien-und-Kongo-00001.-Koloniale-Verflechtungen-aktuelle-Debatten-und-Spoken-Word-Performances/?instance-date=1620320400000

Kosten: gebührenfrei

Abolitionistische Praktiken und Perspektiven

Ringvorlesung, Mittwoch, 5. Mai 2021 und 19. Mai 2021, jeweils 16 Uhr

Das autonome BIPoC Referat der Universität zu Köln lädt ein: „*In einer Gesellschaft, die dominiert und geprägt ist von Strafe, Sanktionen und Gewalt, ist die Suche nach besseren Lebensformen eine existenzielle für marginalisierte Gruppen. Oft wird von Abschaffung der Strafsysteme gesprochen - doch bei Abolitionischen Praktiken geht es um viel mehr als nur die Abschaffung von Versklavung, von Polizei oder von Gefängnis. Abolitionistische Praktiken beschreiben umfassende gesellschaftliche Transformationen und die Stärkung von Institutionen der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe sowie der sozialen, intersektionalen und sozioökonomischen Gerechtigkeit.*

Die folgende Ringvorlesung soll den Studierenden einen kritischen Reflexionsraum eröffnen und verschiedene Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven vorstellen, wie ein gesellschaftliches Zusammenleben abseits von Strafe und Gewalt aussehen könnte. Ziel der Veranstaltung ist es, den Studierenden Werkzeuge für ihr eigenes Sozial- als auch ihr Berufsleben mit auf den Weg geben zu können. Denn: Um eine Gesellschaft solidarisch mitgestalten zu können, müssen auch die marginalisierten und diskriminierten Stimmen gehört werden. Und vor allem diese leiden unter dem gewaltvoll strafendem System: (Post)-Migrant:innen, Geflüchtete, Menschen mit Behinderungen oder Obdachlose Personen - die Aufzählung kann unendlich lange fortgesetzt werden. Dabei sollen die breit gefächerten Themen der Ringvorlesung in unterschiedlichen globalen Kontexten kritisch reflektiert werden um den Studierenden Konzepte zu Alternativen des Bisherigen strafrechtlichen Systems aufzeigen sowie bisherige kriminalisierte Phänomene kritisch hinterfragen. Weiter soll danach gefragt, ob erst elementare gesellschaftliche Veränderungen die Abschaffung von Inhaftierung ermöglichen – oder dies auch zum jetzigen Zeitpunkt möglich wäre. Welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit „abolition“ erfolgreich in einer Gesellschaft umgesetzt werden kann? Geht es um „abolition‘ oder gesetzliche Veränderungen? Was für Möglichkeiten gibt es jetzt? Des Weiteren sollen alternative Vorgehensweisen betrachtet werden, wie Betroffene mit den Folgen sexualisierter und sexueller Gewalt umgehen können, anstatt mit dem Stigma des „Opfers“ zu leben. Zudem soll der Umgang mit dem eigenen Umfeld kritisch reflektiert werden: Bin ich in meinem eigenen Verhalten grenzüberschreitend, verletzend oder gewaltvoll? Die Veranstaltung fokussiert sich hierbei vor allem auf die Wiederherstellung einer Ordnung, wo Betroffene, Täter:innen und weitere Beteiligte sich ein gutes Leben wiedererkämpfen können.“

Mi, 05.05.21: Einführung in staatliche Gewalt - Rassismus und Repression im deutschen Strafrecht. Mit: Nadija Samour, Rechtsanwältin LLM, Migrationsrat Berlin e.V.

Mi, 19.05.21: Unterstützung und Stärkung geflüchteter Frauen* und Migrantinnen* bei frauen*spezifischer Gewalt: Mit: Jimena Escobar Torres & Adrijane Mehmetaj-Bassfeld, agisra e.V. Köln, Informations- und Beratungsstelle für Migrantinnen* und geflüchtete Frauen*

Anmeldung unter: https://bit.ly/3waThHF

Weitere Infos unter: https://bipoc.uni-koeln.de/ringvorlesung-ss21

Antisemitismus in Schule und Gesellschaft

Online-Vortrag, Donnerstag, 6. Mai 2021, 16 Uhr

Das Projekt Zukunftsstrategie Lehrer*innenbildung (ZuS) der Universität zu Köln lädt ein: „*Antisemitismus ist eine latente Belastung und Gefahr für Jüdinnen und Juden. Er bedroht ihre Lebensperspektiven und ist als Angriff auf ihre Menschenwürde sowie die demokratische Kultur eines respektvollen zwischenmenschlichen Miteinanders zu bewerten – und Antisemitismus macht vor der Schule nicht Halt. Er zeigt sich mitunter in Form von Bildern in WhatsApp-Gruppen, in Ausgrenzungen und Abwertungen von jüdischen Kindern und Jugendlichen oder auch*

Mobbing. Aufgrund der Komplexität der Thematik fühlen sich viele pädagogisch Tätige unsicher in der Einordnung, Bewertung und im Umgang mit Antisemitismus, manchmal auch hilflos. Viele jüdische Kinder und Jugendliche berichten davon, dass sie sich mit ihren Antisemitismuserfahrungen alleingelassen fühlen.

Der Vortrag ist darauf ausgerichtet, über Antisemitismus zu informieren und zu Sensibilisierungsprozessen beizutragen. Dabei werden aktuelle und historische Erscheinungs- und Artikulationsformen des Antisemitismus diskutiert.

Über den Einbezug von Erlebnisberichten jüdischer Jugendlicher und junger Erwachsener werden die Erfahrungen dieser in den Mittelpunkt gerückt.“

Referenten: Patrick Fels und Dr. Stefan E. Hößl, Fachstelle [m²]

Anmeldung: zus-veranstaltungen@uni-koeln.de

Kosten: gebührenfrei

Weitere Infos: https://zus.uni-koeln.de/

Populismus, Fake News, Lügenpresse

Online-Vortrag, Freitag, 7. Mai 2021, 14.30 Uhr

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt ein: *„In allen 16 Landesschulgesetzen findet sich der Bezug zu den demokratischen Grundwerten unseres Grundgesetzes. Die Schulen sind verpflichtet, den Schüler_innen diese Werte zu erklären und sie ihnen nahezubringen. Der großen Bedeutung der Politischen Bildung werden die Schulen im Alltag allerdings immer weniger gerecht. Der politische Unterricht findet seltener in einem eigenständigen Fach statt und wird oft von den ‚harten‘ Fächern wie Mathematik, Deutsch, Englisch oder den Naturwissenschaften verdrängt. Erschwerend kommt hinzu, dass Politik oft von fachfremden Lehrer_innen ohne spezielle Kenntnisse "mit" unterrichtet wird.*

Auf Grundlage einer Studie zum Thema ‚Politische Bildung an Schulen: Wer hat, dem wird gegeben‘ von Prof. Dr. Sabine Achour und Susanne Wagner werden wir in vier Workshops den Stellenwert und die genutzten Formate politischer Bildung an Schulen mit den je weiligen Expert_innen aus Brandenburg diskutieren.“

Anmeldung und weitere Infos: www.fes.de

Kosten: gebührenfrei

Bloggen gegen Rassismus und Diskriminierung

Online-Workshop, Samstag, 8. Mai 2021, 10 Uhr

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt ein: *„Rassismus und Hate Speech sind ständige Begleiter für viele Menschen in Deutschland - online und offline, und vor allem für diejenigen, bei denen aufgrund ihres Aussehens, ihres Namens oder aus anderen Gründen ein Migrationshintergrund vermutet wird. Diese möchten wir in unserem Workshop stärken und ihre Medienkompetenz verbessern - damit sie sich im Internet dem Hass entgegenstellen und für sich selbst, aber auch für Demokratie und Vielfalt eintreten können.*

Zielgruppe: Menschen mit rassistischen Diskriminierungserfahrungen, die sich online bereits gegen Rassismus und Hate Speech engagieren bzw. dies zukünftig tun möchten.“

Anmeldung und weitere Infos: www.fes.de

Kosten: gebührenfrei

„Ach du bist Jüdin? Ich kenne nur Anne Frank“

Online-Talk, Dienstag, 11. Mai 2021, 19 Uhr

Die VHS Köln lädt ein: *„‘Wie willst Du denn Empathie haben für ein Volk oder einen einzelnen Menschen, wenn Du gar nichts über ihn weißt?’ Als Vermittlerin der jüdischen Kultur kämpft Sarah Borowik-Frank (29) online aktiv gegen Antisemitismus. Der Anschlag in Halle an Jom Kippur 2019 war für Sarah der Wendepunkt, an dem sie beschloss, sich online aktiv gegen Antisemitismus einzusetzen. Die Mittel der modern orthodoxen Künstlerin sind Aufklärung und Empathie. Für sie ist diese fehlende Empathie der Grund, wie durch Unwissen Hass entsteht, aus dem Gewalt erwachsen kann. Borowik-Frank ist die Enkelin der jüdischen Professorin und Lyrikerin Lia Frank und Nichte des jüdischen Filmemachers Herz Frank.*

Sarahs Mission ist, jüdisches Leben für Menschen nahbarer zu machen, Ressentiments abzubauen und gegen den erstarkenden Antisemitismus in Deutschland zu kämpfen. Wenn die Holocaust-Überlebenden bis zu ihrem letzten Atemzug sagen, wir bringen unsere Geschichte weiter, weil wir verhindern wollen, dass so etwas je wieder passiert, dann muss ich stärker sein, als ich es je war. Und ich glaube, dass wir alle stärker sind als unsere Vergangenheit’ So vermittelt Sarah Borowik-Frank zwischen Vergangenheit und Gegenwart, baut Grenzen ab und macht sich für eine friedliche Zukunft stark.

Es fällt schwer, die charismatische Frau in eine Schublade einzuordnen - und das ist auch gut so: ‘Denn das jüdische Leben in Deutschland ist bunt und vielfältig.’ Sarah setzt sich unter anderem für Gleichberechtigung ein und macht sich stark für die Anerkennung der queeren jüdischen Community.“

Anmeldung unter: https://vhs-koeln.de/Veranstaltung/titel-Ach%2C+du+bist+J%C3%BCdin%3F+Ich+kenne+nur+Anne+Frank./cmx5ea307cf5756c.html

Kosten: gebührenfrei

Erziehungsdiskurse der Neuen Rechten

Online-Vortrag, Dienstag, 11. Mai 2021, 19 Uhr

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V. lädt in Kooperation mit dem Graduiertenkolleg „Rechtspopulismus“ sowie dem Studierenden-Ausschuss der Vollversammlung der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Uni Köln ein: „*Der Vortrag fragt nach Positionen der Neuen Rechten zu Fragen von Bildung und Erziehung. Dabei geht es zunächst um den grundsätzlichen Stellenwert, der dem Thema zukommt, vor allem aber um spezifische thematische Felder wie Erinnerungskulturen, Familienpolitik, Geschlecht und Sexualität, die von neurechten Ideologien besonders fokussiert werden. Diskutiert werden auch die Positionen von Caroline Sommerfeld in ‚Wir erziehen. Zehn Grundsätze‘ (2019).*

Die Referentin, Meike Sophia Baader, ist Professorin für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Hildesheim. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Erziehungsgeschichte, Kindheits-, Geschlechter- und Gewaltgeschichte“

Die Veranstaltung wird über den YouTube-Kanal der Kölnischen Gesellschaft gezeigt: https://www.youtube.com/watch?v=X0pyawK-Zax4&feature=youtu.be

---

Diskriminierungserfahrungen von muslimischen Frauen

Online-Vortrag, Dienstag, 11. Mai 2021, 17 Uhr

Die TH Köln lädt ein: „*Der Vortrag von Araththy Logeswaran (Uni Osnabrück) thematisiert antimuslimischen Rassismus, der sich gegen als Muslime und Muslimas gelesene Menschen richtet. Er geht insbesondere aus intersektionaler Perspektive auf muslimische Frauen* ein und fragt nach Diskriminierungserfahrungen, aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und stellt Widerstandmöglichkeiten von muslimischen Frauen vor.“*

Kosten: gebührenfrei

Weitere Infos unter: https://www.th-koeln.de/hochschule/diskriminierungserfahrungen-von-muslimischen-frauen_81451.php

ENTKOMME DER VERSCHWÖRUNG - Über Verschwörungstheorien im Netz

Online-Vortrag, Mittwoch, 12. Mai 2021, 16 Uhr

Das Forum für Kultur im Dialog lädt ein: *„Was sind Verschwörungstheorien? Wieso sind sie - gerade auch in Corona Zeiten - so attraktiv für viele Menschen? Wie kommt es zu antisemitischen Verschwörungtheorien? Die Veranstaltung wird von Anke von Heyl, Kulturvermittlerin moderiert.*

Der Referent Patrick Fels (M.A., Politikwissenschaftler) arbeitet bei der Fachstelle [m²] miteinander mittendrin. Die Fachstelle [m²] miteinander mittendrin - für Demokratie – gegen Antisemitismus und Rassismus verfolgt das Ziel, in den drei Kompetenzbereichen Bildung, Dokumentation und Beratung, den Antisemitismus effektiv zu bekämpfen."

Anmeldung bis zum 10.05.2021 unter: kontakt@forumkulturdialog.koeln

Kosten: gebührenfrei

Warum der Antisemitismus uns alle bedroht? – Warum neue Medien alte Verschwörungstheorien befeuern

Online-Diskussion, Mittwoch, 12. Mai 2021, 19 Uhr

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt ein: *„Insbesondere durch das Aufkommen der neuen Medien wie Internet und Social Media hat der Antisemitismus eine Verbreitung nie das gewesenen Ausmaßes erhalten. Dieser ist durchaus imstande, die Grundlagen der Zivilisation zu erschüttern. Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg Michael Blume betrachtet die Wechselwirkung aus Medien, Mythen und Demografie, die die menschliche Geschichte der letzten Jahrtausende geprägt haben. Seine These: der Kampf zwischen dem buchorientierten Semitismus und dem digital neu beflügelten Antisemitismus wird die kommenden Jahrzehnte bestimmen. Einige demokratische Rechtsstaaten sind bereits zu populistischen Autokratien zurückgefallen. Das mediale Ringen um die Zukunft der Menschheit und die Rolle der Religionen darin hat gerade erst begonnen."*

Anmeldung: https://www.kas.de/de/veranstaltungen/detail/-/content/warum-der-antisemitismus-uns-alle-bedroht-warum-neue-medien-alte-verschwoerungstheorien-befeuern

Kosten: gebührenfrei

Das weibliche Antlitz der Rechtspopulismus- und -extremismus in GB

Online-Seminar, Mittwoch, 12. Mai 2021, 18 Uhr

Die FES lädt ein: *„In unserer Veranstaltungsreihe ‚Triumph der Frauen? Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern' stellen wir die gleichnamigen Länderstudien vor und diskutieren mit den Autorinnen über die besonderen Ausprägungen in den einzelnen Ländern. Weltweit lässt sich ein Erstarken von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen beobachten, die zumeist männlich dominiert sind. Doch auch eine neue Generation von Frauen unterstützt sie aktiv. Die hier vorgestellten Länderstudien untersuchen rechtspopulistische (und vereinzelt rechtsextremistische) Parteien und ihre Programmatik in der Familien- und Geschlechterpolitik.*

In der Fallstudie zum Vereinigten Königreich stehen der Brexit und seine Auswirkungen im Vordergrund. Er war das Ergebnis eines populistischen Siegeszugs, der auch in die konservative Politik hineinwirkte. In unserer Veranstaltung gehen wir der Frage nach, welchen gesellschaftspolitischen Einfluss der Brexit und der politische Aufstieg seiner Befürworter_innen auf Frauen- und Geschlechterpolitik nehmen (könnten) und welche Rolle Frauen im Erstarken der Populisten oder auch im Kampf gegen sie spielen."

Anmeldung unter: www.fes.de

Kosten: gebührenfrei

Design Thinking-basierte Projektarbeit zum Thema Rassismus

Online-Seminar, Mittwoch, 19. Mai 2021, 13 Uhr

Das DGB Bildungswerk NRW lädt ein: *„Das Projekt ‚Baut Eure Zukunft' stellt Materialien für den Unterricht (Klasse 7 bis 13) zu aktuellen gesellschaftlichen Problemen auf Grundlage der Innovations- und Problemlösungmethode ‚Design Thinking' zur Verfügung. Wie kann das Thema Rassismus im Unterricht schülerzentriert und so bearbeitet werden, dass sich junge Menschen wirkmächtig erfahren?*

*‚Design Thinking' stellt die Kreativität und den Problemlösungsprozess in einem kollaborativen Lehr/-Lernsetting in den Vordergrund. Schüler*innen erarbeiten in einem offenen und gleichzeitig zielorientierten Prozess konkrete Handlungsansätze. Sie erfahren Selbstwirksamkeit sowie Solidarität in der Teamarbeit und erwerben Problemlösungskompetenzen.*

Nach einer Einführung in die Methode ‚Design Thinking' setzen wir uns im Seminar mit den von ‚Baut Eure Zukunft' zur Verfügung gestellten Materialien auseinander. Wir reflektieren die Methodik und lernen konkrete Anwendungsmöglichkeiten für die eigene Unterrichtspraxis kennen."

Anmeldung und weitere Infos unter:
https://www.dgb-bildungswerk-nrw.de/seminare/gew/D17-218121-195

„Gesänge sind mir deine Satzungen geworden"

Online-Vortrag, Mittwoch, 19. Mai 2021, 19.30 Uhr

Die Melanchthon-Akademie lädt ein: *„Rabbiner Leo Baeck, der bedeutende Vertreter des deutschen Judentums im 20. Jahrhundert, hat auf die besondere Verbindung von Gesetz und Poesie im Judentum hingewiesen. 'Wenn der Glaube sich aussprechen wollte, so hat er es, von sehr gelegentlichen Ausnahmen abgesehen, nicht in der Weise des begrifflichen Gefüges, sondern in der des Gebetes getan. Die Poesie gibt die Form des Bekenntnisses. ' Das formuliert auch Psalm 119: 'Gesänge sind mir deine Satzungen geworden im Hause meiner Fremdlingsschaft.' Das Schilfmeerlied ist das Urbild eines Judentums, das sich in Poesie ausdrückt. Der Vortrag gibt Beispiele aus allen Epochen bis zu Else Lasker-Schüler, Nelly Sachs und Paul Celan im 20. Jahrhundert. In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirchengemeinde Köln-Lindenthal."*

Anmeldung unter: https://www.melanchthon-akademie.de/programm/kurs/16489-gesaenge-sind-mir-deine-satzungen-geworden-im-hause-meiner-fremdlingsschaft/

Kosten: gebührenfrei

Strategien der extremen Rechten im Europaparlament

WebTalk, Mittwoch, 19. Mai 2021, 19 Uhr

Das DGB-Bildungswerk lädt ein: *„Wie funktioniert das eigentlich, in einem transnationalen Parlament zu sitzen und nationalistische Politik zu machen? Wie Abgeordnete, die sich Nationalismus und autoritäre Gesellschaftsvorstellungen auf die Fahnen geschrieben haben, im EU-Parlament agieren, ist selten Thema in der Öffentlichkeit. Wie wollen gemeinsam mit der EU-Abgeordneten der Fraktion Die Linke (GUE/NGL) Özlem Alev Demirel über die Atmosphäre im Parlament sprechen und speziell einen Blick auf nationalistische Parteien werfen. Wie gehen sie vor? Welche politischen Standpunkte vertreten sie auf der europäischen Bühne? Und sind sie wirklich so einig in ihrer Auffassung, wie sie von sich sagen?*

Darüber wollen wir mit euch und Özlem Alev Demirel, Europaabgeordnete der Fraktion Die Linke (GUE/NGL) und ver.di-Mitglied, sprechen."

Anmeldung und weitere Infos unter:
https://www.dgb-bildungswerk.de/seminar/18131407

Kosten: gebührenfrei

Wie Sie Verschwörungen und rechten Parolen kontern können

Online-Seminar, Mittwoch, 19. Mai 2021, 17 Uhr

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt ein: *„Warum glauben Menschen an Verschwörungstheorien? Was führt zu Extremismus? Welche gesellschaftlichen Zusammenhänge befördern dies?*

Wenn dies geklärt und besprochen ist, sollen die Teilnehmenden dazu befähigt und ermutigt werden, zu üben, wie man solchen Positionen begegnen kann. Unsere Demokratie können wir nur schützen, wenn wir Möglichkeiten finden, in Diskussionen extreme Haltungen zu erkennen. Wir wollen die Teilnehmenden schulen, sich auf einen Diskurs einzulassen. Hierzu ist es wichtig zu erkennen, dass es in der Politik selten ein klares 'richtig' und ein klares 'falsch' gibt."

Anmeldung unter: https://www.kas.de/de/veranstaltungen/detail/-/content/wie-sie-verschwoerungen-und-rechten-parolen-kontern-koennen.

Kosten: gebührenfrei

Verschwörungstheorien & Social Media

Online-Fortbildung, Donnerstag, 20. Mai 2021, 14 Uhr

Die kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt ein zu einer Fortbildung für Multiplikator*innen: *„Während der Corona-Pandemie hat die Verbreitung und Verfestigung verschwörungstheoretischer Inhalte stark zugenommen. In der Fortbildung erarbeiten wir zunächst anhand aktueller Beispiele die Merkmale und Funktionsweisen von Verschwörungstheorien. Woran kann ich Verschwörungstheorien erkennen? Was macht sie für viele Menschen attraktiv, welche Gefahren sind damit verbunden und wie verbreiten sie sich gegenwärtig? Im Anschluss daran sehen wir uns genauer an, wie mit Hilfe verschwörungstheoretischer Erzählungen, Motive und Bilder in den sozialen Medien argumentiert wird und diskutieren anhand dessen Handlungsmöglichkeiten im pädagogischen Raum."*

Anmeldung unter:
bildung@koelnische-gesellschaft.de

Kosten: gebührenfrei

Jüdische Frauen vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert

Online-Vortrag, Donnerstag, 20. Mai 2021, 19.30 Uhr

Das katholische Bildungswerk Köln lädt ein: „'*Stark und unsichtbar? Jüdische Frauen vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert'. Die Veranstaltungsreihe weitet den Blick auf die wechselvolle Geschichte des jahrhundertealten jüdischen Lebens in Deutschland. Die einzelne Epochen übergreifenden Vorträge zeichnen die großen Bögen des Zusammenlebens, widmen sich bekannten Persönlichkeiten, berücksichtigen aber auch im Schatten stehende einfache Menschen und den Beitrag von Frauen. Wie die wachsende Anstrengung von jüdischer Seite um Mitwirkung und Anerkennung immer wieder Abwehrbewegungen der Gesamtgesellschaft und Antisemitismus provozierte, ist ein bedrückendes Fazit. Das Bewusstsein vom tragischen Scheitern dieser Beziehung wird jeden Vortrag begleiten und Denkanstöße geben, Antisemitismus und Rassismus entschieden entgegenzutreten.*

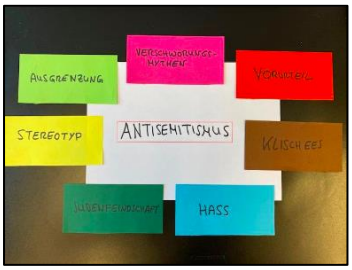
Wie die christliche ist die jüdische eine patriarchale Kultur, die den Frauen von jeher eine nachgeordnete gesellschaftliche Stellung zuwies. Dies spiegelt sich in der historischen Überlieferung, in der jüdische wie christliche Frauen meist unsichtbar bleiben. Doch mehr noch: Da nichtjüdische Historiker über lange Zeit die Juden als Teil der Gesellschaft insgesamt ignorierten, wurden jüdische Frauen gleich doppelt übersehen. Dabei konnten sie durchaus selbstbewusst mit ihrer Stellung und ihren Rollen umgehen und sich innerhalb des von männlichen Werten dominierten Systems Freiräume erarbeiten. Dies zeigt der Vortrag anhand von illustrierten Einzelbeispielen aus der Zeit zwischen dem Mittelalter und dem 20. Jahrhundert."

Weitere Infos unter: www.domforum.de

Kosten: gebührenfrei

Aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus

Online-Veranstaltung, Dienstag, 25. Mai 2021, 18.30 Uhr



Die Caritas Leverkusen lädt ein: „*Ob am Arbeitsplatz, in der Schule oder in der Freizeit: Der Antisemitismus ist als gesamtgesellschaftliches Phänomen in unserem Alltag präsent. In dieser Veranstaltung werden seine unterschiedlichen Ausprägungen vorgestellt. Die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. wird uns mit einem Vortrag durch die Veranstaltung führen. Anschließend besteht die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Austausch*."

Anmeldung und weitere Infos unter: gueven.coecue@caritas-leverkusen.de

Kosten: gebührenfrei

Jüdisch-muslimische Leitkultur. Gegenwartsbewältigung im Gedenkjahr

Online-Diskussion, Mittwoch, 26. Mai 2021, 19 Uhr

Die Melanchthon-Akademie lädt ein: *„Gegenwartsbewältigung – so nennt der jüdische Neudenker Max Czollek sein neuestes Buch. Ein herausforderndes Plädoyer für einen wehrhaften Diskurs um Diversität und um jüdisch-muslimisch- christliches Zusammenleben. Mit seinem Essay und den von ihm initiierten ‚Tagen der jüdisch muslimischen Leitkultur' (www.tdjml.de) nimmt sich ein neues Denken, wie wir in Zukunft als Verschiedene zusammenleben werden, Raum. Wie dieses Zusammenleben aussehen wird und uns auf verschiedene Weise aus unseren Komfortzonen herausdrängt, darüber wollen wir (online) ins Gespräch kommen."*

Anmeldung unter: https://www.melanchthon-akademie.de/programm/kurs/16487-juedisch-muslimische-leitkultur/

Kosten: gebührenfrei

Kollektive Unschuld – Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern

Online-Diskussion, Mittwoch, 26. Mai 2021, 19 Uhr

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt ein: „*Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Shoah galt lange als bundesdeutsche Erfolgsgeschichte. Dieses Image beginnt mit der zunehmenden Rechtsradikalisierung in Politik und Gesellschaft mehr und mehr zu bröckeln. Prof. Dr. Samuel Salzborn zeigt, dass in diesem bundesdeutschen Selbstbild immer schon die Geschichte der Schuld- und Erinnerungsabwehr, der Täter-Opfer-Umkehr, der Selbststilisierung als Opfer und der antisemitischen Projektion ausgeblendet wurde. Er vertritt die These, dass eine (selbst-)kritische Aufarbeitung der Vergangenheit auch 75 Jahre nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus auf gesellschaftlicher Ebene kaum stattgefunden habe. Durch die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern manifestiert sich vielmehr ein Selbstbild, das um den Mythos kollektiver Unschuld kreist. Dies gilt es zu hinterfragen und zu diskutieren."*

Anmeldung: https://www.kas.de/de/web/sachsen/veranstaltungen/detail/-/content/kollektive-unschuld-die-abwehr-der-shoah-im-deutschen-erinnern

Kosten: gebührenfrei

Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

Hass und Hetze im Netz

Berichte und Spendenaufruf

Der am 8. April 2021 gesendete Beitrag des Polit-Magazins "Monitor" auf ARD thematisiert anhand des Erfahrungsberichts der Autorin und Kolumnistin Jasmina Kuhnke "Hass und Hetze im Netz" und benennt, dass es im Zusammenhang mit digitaler Gewalt "kaum Schutz für Opfer" gibt. Der Beitrag macht die drastischen Konsequenzen für Kuhnke und ihre Familie, aber auch für weitere Betroffene deutlich und zeigt auf, wie wenig Unterstützung entsprechende Personen von Staat und Polizeibehörden erhalten. Auch andere Medien berichteten über den Fall, den die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln begleitet hat.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung hat hierzu einen Spendenaufruf gestartet, den Sie unter nachfolgendem Link finden. Der neu ins Leben gerufene "Sheroes-Fund" soll über die spezifische Spendenaktion hinaus bestehen und "nachdem das Fundraising-Ziel von 50.000 € für die Unterstützung von Jasmina Kuhnke erreicht ist, andere Sheroes unterstützen."

Den Monitor-Beitrag finden Sie hier:
https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-hass-und-hetze-im-netz-kaum-schutz-fuer-opfer-100.html

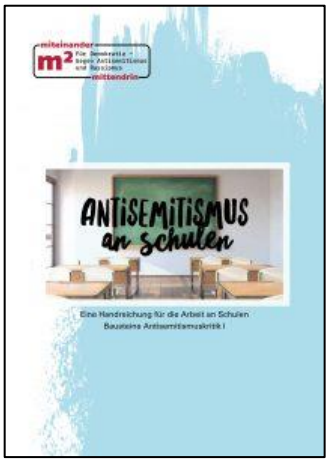
Zur Sheroes-Spendenseite gelangen Sie hier:
https://www.betterplace.org/de/projects/93203-deine-spende-fuer-den-sheroes-fund

Antisemitismus an Schulen

Neue Handreichung der Fachstelle m² erschienen

Um professionell Tätige im Kontext Schule zur Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Antisemitismus' zu ermuntern, Handlungssicherheit im Umgang damit zu vermitteln, sowie Tipps für Unterstützung und für die weitergehende Beschäftigung zu geben, veröffentlicht die Fachstelle [m²] des NS-DOK die Handreichung ‚Antisemitismus an Schulen'.

Die Handreichung erscheint als erste Publikation in der neuen [m²]-Reihe ‚Bausteine Antisemitismuskritik'. In dieser werden in unregelmäßigen Zeitabständen Beiträge zum Themenbereich Antisemitismus veröffentlicht und einer breiten Zielgruppe kostenfrei zur Verfügung gestellt. Getreu dem Motto ‚informieren – sensibilisieren – stark machen. kontinuierlich!' verfolgen die Mitarbeiter*innen der Fachstelle [m²] mit der Veröffentlichung der Bausteine das Ziel, unterschiedliche Perspektiven auf Antisemitismus(-kritik) zu eröffnen und Fragen nach dem ‚Wie' der Bildungsarbeit zu erörtern.



Die ‚Bausteine' richten sich an alle Interessierten, insbesondere aber an Personen, die im pädagogischen Bereich tätig sind. Sie sollen in der Praxis ihrer Bildungsarbeit nützlich sein sowie eine weiterführende Professionalisierung, eine inhaltliche Auseinandersetzung und eine Bestärkung in ihrem Handeln im Themenfeld Antisemitismus fördern.

Die Broschüre als PDF zum Download unter:
www.nsdok.de/mhochzwei

Bestellung kostenfreier Printexemplare unter:
mhochzwei@stadt-koeln.de

„Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus“

Eine Einschätzung der Fachstelle [m²]

Am 26.03.2021 veröffentlichten über 200 Wissenschaftler*innen aus verschieden Ländern die „Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus“ (JE; vgl. https://jerusalemdeclaration.org/), die als eine neue Antisemitismus-Definition dienen soll. Sie ist als expliziter Gegenentwurf zur Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA; vgl. https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus) gedacht und soll, so der Wunsch der Autor*innen, diese langfristig ersetzen. Zweifellos gibt es Aspekte an der IHRA-Definition, die kritikwürdig und ausbaufähig sind. Die IHRA-Formulierung versteht sich jedoch explizit als „Arbeitsdefinition“, die seit ihrem Erscheinen bereits an einigen Stellen verändert wurde. Insofern stellt sich die Frage, warum die Autor*innen ihre Mühen nicht in eine Weiterentwicklung der IHRA-Definition gesteckt haben, sondern stattdessen eine eigene vorlegen.

Denn das Ergebnis ist dürftig. Die JE versteht Antisemitismus unter anderem als ein „Vorurteil“ und reflektiert damit nicht den Stand der Debatte, wonach Antisemitismus vielmehr als Ideologie mit Welterklärungsanspruch verstanden werden muss – und eben nicht als ein auf Übergeneralisierungen basierendes Vorurteil. Auch das Verhältnis von Rassismus und Antisemitismus kommt zu kurz, wenn Letzterer als eine Spielart von Rassismus gefasst wird, ohne wesentliche Unterschiede herauszustellen. Auch hier bleibt die JE hinter dem Stand der Forschung zurück.

Zentraler Kritikpunkt der JE ist der israelbezogene Antisemitismus, der aus ihrer Sicht in zu vielen Fällen ungerechtfertigt diagnostiziert wird. Entsprechend versucht die JE an zahlreichen Punkten zu erklären, was aus ihrer Sicht nicht antisemitisch ist – im Grunde ein recht absurder Vorgang; man stelle sich eine Rassismus-Definition vor, die über weite Strecken erläutert, was nicht rassistisch sei. Und auch wenn man durchaus anerkennt, dass der Vorwurf des Antisemitismus mitunter vorschnell erhoben werden mag, liegt dies aus unserer Sicht in erster Linie an den Personen, die sich entsprechend äußern, und nicht an der IHRA-Definition selbst, denn diese ist in der Benennung, wann israelbezogener Antisemitismus vorliegt, recht eindeutig. Nicht die IHRA-Definition begünstigt voreilige Anschuldigungen, sondern ihre falsche Anwendung. Die neuerdings vorgelegte Definition wird dem aber nicht abhelfen, sondern die Diskussion eher verkomplizieren und vorhandene Gräben in der Auseinandersetzung um Antisemitismus und insbesondere dessen adäquater Bekämpfung vertiefen.

Die Mitarbeiter*innen der Fachstelle [m²] werden für ihre Arbeit weiter an der bewährten IHRA-Definition festhalten und wie bisher die aus ihrer Sicht kritischen Punkte an ihr benennen.

SHALOM SELFIE – ZEIGT ZUSAMMENHALT

Aufruf für Foto-Mosaik

Unter dem Motto SHALOM SELFIE – Zeigt Zusammenhalt! rufen die Stadt Köln, die Synagogen-Gemeinde Köln und das Kölner Forum für Kultur im Dialog e.V. dazu auf, ein Zeichen zu setzen für eine offene, bunte Gesellschaft, die zusammenhält: *„Alle Kinder und Jugendlichen in Schulen, Gemeinden, Jugendeinrichtungen, Sport- und Freizeitgruppen sind eingeladen Selfies, Fotos oder Bildern zu schicken. Eine tolle Möglichkeit, die positiven und toleranten Stimmen in unserer Gesellschaft zu stärken und zu zeigen, warum ein respektvoller und toleranter Umgang wichtig für das Zusammenleben und unsere Zukunft ist. Aus den vielen Einzelbildern wird ein großes Mosaik entstehen. Im August ist das XXL-Mosaik öffentlich in Köln zu bestaunen - in der Stadt, in der vor 1700 Jahren zum ersten Mal jüdisches Leben nördlich der Alpen erwähnt wurde.*

Aus den vielen eingesendeten Fotos entsteht ein großes XXL-Mosaik, das im August öffentlich als Megaplakat und auf Megalights in Köln präsentiert wird. Egal ob Foto, Selfie oder selbstgestaltetes Bild – zeigt Zusammenhalt, gerade auch in Zeiten der Pandemie, in der

unsere Gesellschaft auseinanderdriften könnte. Setzt ein Zeichen für ein buntes und friedliches Miteinander. Was bedeutet für euch Zusammenhalt? Malt oder fotografiert es und schickt uns euer Foto und werdet Teil des XXL-Mosaiks

‚Shalom Selfie - Zeigt Zusammenhalt!‘ richtet sich an Schulen, Gemeinden, Sport- und Freizeitgruppen aber auch an Einzelpersonen. Es geht um ein positives Miteinander, anderen Menschen und anderen Glaubensrichtungen gegenüber.

Auf https://www.shalomcologne.de/shalom-box.php finden sich Vorschläge zu den Themen Toleranz und Respekt. Die Materialien dienen als Inspiration für einzelne Unterrichtseinheiten und können als Vorbereitung für ‚Shalom Selfie - Zeigt Zusammenhalt!‘ genutzt werden.“

Teilnahmebedingungen unter:
https://www.shalomcologne.de/storage/shalom-box/downloads/shalom-cologne-shalom-selfie-teilnahmebedingungen.pdf.

Hilfe gibt es unter:
kontakt@shalomcologne.de.

Verfahren gegen die rechtsterroristische „Gruppe S“

Mobile Beratung NRW beobachtet Gerichtsprozess

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW teilt mit: „Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus führt eine durchgängige Beobachtung und Begleitung des Prozesses gegen die rechtsterroristische Gruppe S durch. Dieser beginnt am 13. April am Oberlandesgericht Stuttgart und ist für vorerst 31 Prozesstage angesetzt. Zu den einzelnen Prozesstagen veröffentlicht die Mobile Beratung NRW Prozessberichte auf der Website des Projekts, prozessbeobachtung.org.

Die Anklage richtet sich gegen zwölf Männer, die der rechtsterroristischen „Gruppe S“ nahe gestanden oder diese mit gegründet haben sollen. Gemeinsam sollen sie unter anderem Anschläge geplant haben und wollten „bürgerkriegsähnliche Zustände" hervorrufen. Um eine umfassende Prozessbegleitung umsetzen zu können, hat sich die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW mit Teams der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus aus verschiedenen Bundesländern zusammengeschlossen und steht auch im Austausch mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, die zu dem Thema arbeiten. Auf der Website des Projekts, prozessbeobachtung.org, die kurz vor Prozessbeginn veröffentlicht wird, werden die Prozessberichte abrufbar sein.

Janine Tappe, Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW: „Uns ist es wichtig, den Prozess gegen die Gruppe S. der Öffentlichkeit durch unsere Berichte zugänglich zu machen. Davon erhoffen wir uns auch, dass die Gefahr von rechtem Terror noch einmal in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt und wir auf die Gefahren, die von extrem rechter Ideologie ausgehen, aufmerksam machen können.“

Auch, aber nicht nur aufgrund der Verortung von vier mutmaßlichen Mitgliedern und Unterstützern der Gruppe S in NRW, ist der Prozess für die Mobile Beratung NRW relevant. Als rechtsterroristische Gruppierung die sich aus dem gesamten Bundesgebiet rekrutierte, ist die Gruppe S. von bundesweiter Bedeutung. Besonders deutlich wird durch die Gruppe S noch einmal das Gefahren- und Radikalisierungspotential von extrem rechten Chatgruppen, sowie die gute Vernetzung der Szene und nicht zuletzt ihr Gefahrenpotential, wie auch jenes von sogenannten Bürgerwehren.

Die zwölf Angeklagten waren zusammen mit weiteren Personen in der rechtsterroristischen Gruppierung, die nach ihrem mutmaßlichen Anführer „Gruppe S.“ benannt wurde, aktiv. Die Gruppe, die sich hauptsächlich über Chatgruppen austauschte, wurde 2019 bei einem Treffen in Baden-Württemberg gegründet, danach fanden zwei weitere Treffen statt, eines davon in Minden (NRW). Die Gruppe S. plante Anschläge auf Muslim:innen, Moscheen und politische Gegner:innen und wollte damit „bürgerkriegsähnliche Zustände“ hervorrufen. Zwei Angeklagte sollen Rädelsführer der „Gruppe S.“ gewesen sein, die anderen Angeklagten Mitglieder oder Unterstützer der Gruppe. Des Weiteren stehen sieben der Angeklagten auch wegen Verstößen gegen das Waffengesetz vor Gericht.“

Alle Berichte zum Prozess unter:
https://www.mobile-beratung-nrw.de/

Rechte Gewalt in NRW

Trotz Pandemie auf hohem Niveau

Die Opferberatungsstellen OBR und BackUp teilen mit: *„Im vergangenen Jahr wurden in Nordrhein-Westfalen (NRW) 198 rechte Gewalttaten gegen mindestens 267 direkt betroffene Menschen verübt, darunter auch Kinder und Jugendliche. Dies ist das Ergebnis der Jahresstatistik 2020 von Opferberatung Rheinland (OBR) und BackUp, den beiden Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlich motivierter (kurz: rechter) Gewalt in NRW.*

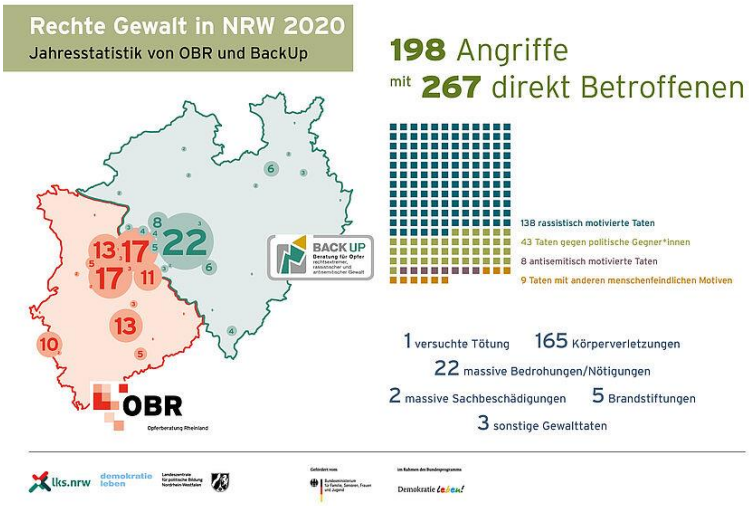
*Trotz Shutdown und Social Distancing verzeichnen die Beratungsstellen in ihrem Monitoring für das Jahr 2020 ein nahezu unverändert hohes Niveau rechter Gewalttaten (Rückgang um nur 2 Prozent). Rassistisch motivierte Gewalt nimmt weiter zu, die Anzahl rechter Angriffe gegen politische Gegner*innen bleibt hoch. Doppelt so viele Angriffe gab es jeweils im Umfeld von Demonstrationen und auf Journalist*innen. Eine versuchte Tötung, 166 Körperverletzungsdelikte (davon mindestens 47 gefährliche) und 22 massive Bedrohungen wurden registriert.*

*Unverkennbar sind Kontinuitäten trotz der Ausnahmesituation: Rassistische Gewalt bleibt ein schwerwiegendes Problem in NRW. 2020 war Rassismus weiterhin das mit großem Abstand häufigste Tatmotiv – bei steigender Tendenz. 138 der insgesamt 198 Taten (69 Prozent) wurden aus rassistischen Motiven heraus begangen. Die verschiedenen Formen rassistischer Gewalt zeigen sich in Angriffen gegen geflüchtete Personen (23), Sinti*zze und Rom*nja (8), in Form von anti-Schwarzem Rassismus (27) sowie antimuslimischem Rassismus (18). Weiterhin gilt: Die überwiegende Mehrheit der dokumentierten Angriffe auf Kinder (86 Prozent) und Jugendliche (80 Prozent) war rassistisch motiviert.*

Den Beratungsstellen werden immer mehr Angriffe im direkten Wohnumfeld bekannt. Dieser Trend zeigte sich schon in den Vorjahren. Seit 2017 hat hier nahezu eine Verzehnfachung stattgefunden – mit 19 Angriffen im Jahr 2020. Pandemie-Bedingungen und die Verlagerung des Alltags vieler Menschen in den privaten Nahbereich haben die Folgen für Betroffene noch einmal verstärkt.

*2020 wurden 13 Angriffe im Umfeld von Demonstrationen verübt, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Die meisten dieser Angriffe fanden im Zusammenhang mit Protesten gegen staatliche Corona-Schutzmaßnahmen statt, viele der Betroffenen waren Medienvertreter*innen. „Es ist besorgniserregend, wie viele Journalist*innen 2020 angegriffen wurden. Wir brauchen kritische Berichterstattung, auch auf Demonstrationen, um beispielsweise antisemitische Einstellungen sichtbarer zu machen“, sagt Sabrina Carrasco Heiermann (BackUp).*

Bisher überhörte Forderungen werden weiter aufrechterhalten: „Für die Bekämpfung rechter Gewalt ist es aus Sicht der Beratungsstellen unumgänglich, die Forderungen und Perspektiven von Betroffenen aus der Peripherie ins Zentrum der Debatte zu rücken“, so Birgit Rheims und Sabrina Carrasco Heiermann. „Nach Black Lives Matter und Hanau bleibt auch 2021 der Ruf nach Sicherheitsbehörden, die über Wissen und Sensibilität im Kontext verschiedener Ungleichwertigkeitsvorstellungen in unserer Gesellschaft verfügen und denen Betroffene rechter Gewalt vertrauen können.“



Förderung für Demokratieprojekte

Aufruf der Partnerschaften für Demokratie

Die Partnerschaften für Demokratie Köln teilen mit: „*Sie haben eine tolle Projektidee? Sie suchen eine finanzielle Förderung für ihr Demokratieprojekt? Dann bewerben Sie sich jetzt mit Ihrem Projekt für eine Förderung durch die Partnerschaften für Demokratie Köln.*

Bis zum 28. Mai 2021 können gemeinnützige kölner Einrichtungen einen Antrag auf Förderung bis zu 6000€ bei den Partnerschaften für Demokratie Köln stellen. Gefördert werden dabei Projekte der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die sich primär an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene richten.

Die eingereichten Projektanträge sollten sich dabei den folgenden Themengebieten orientieren:

- *Demokratieförderung*
- *(Digitale) Jugendbeteiligung*
- *Präventive Projekte im Themenfeld Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
- *Innovative Methoden zur Ansprache und Beteiligung schwer erreichbarer Zielgruppen*

Sollten Sie Unterstützung bei der Entwicklung ihrer Projektidee oder der Antragsstellung haben, beraten die Partnerschaften für Demokratie Sie gerne. Gerne können Sie Ihren Antrag schon als Entwurf an die Partnerschaften für Demokratie Köln senden, um eine erste Rückmeldung und weitergehenden Beratung zu erhalten. Melden Sie sich hierfür gerne per E-Mail unter: demokratieleben@awo-koeln.de

Ein Projektstart kann bei Bewilligung des Projektantrags ab dem 1. Juli 2021 erfolgen.“

Alle Formulare und Handreichungen zur Antragstellung finden Sie unter:
https://www.demokratieleben-koeln.de/

entschieden DAFÜR
Partnerschaften für Demokratie Köln

Ab sofort bewerben!

Der Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ geht in die 21. Runde

Zum 21. Mal schreibt das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ aus: „*Den Gewinnerinnen und Gewinnern winken Geldpreise in Höhe von bis zu 5.000 €, eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit sowie ein Workshop-Angebot, welches die Interessen der Preisträgerprojekte aufgreift. Damit unterstützt das von der Bundesregierung gegründete BfDT zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Bereich der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung. Demokratie bedeutet, sich in die Angelegenheiten vor Ort einzumischen und beginnt z.B. in der Familie, in der Schule sowie in der Freizeit. Wir wollen Einzelpersonen und Gruppen, die das Grundgesetz im Alltag auf kreative Weise mit Leben füllen, für ihr Engagement würdigen.*

Anders als in den vergangenen Jahren sind Bewerbungen 2021 bereits ab sofort und bis zum 27. Juni möglich. Die Verlegung des Wettbewerbs auf das Frühjahr ermöglicht uns, nach dem Sommer hoffentlich wieder bundesweite Kooperations- und Eigenveranstaltungen zu unseren Jahresschwerpunktthemen anzubieten. Grundsätzlich sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt.

Wir suchen:
- übertragbare und nachahmbare zivilgesellschaftliche Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet, die bereits durchgeführt wurden
- Projekte, die sich in den Themenfeldern des BfDT bewegen: Demokratie, Toleranz, Integration, Gewaltprävention, Extremismus, Antisemitismus
- nicht die ‚einzigartige Aktion‘, sondern Projekte, die beispielhaft für die Vielfalt des zivilgesellschaftlichen Engagements stehen.

Wir suchen in diesem Jahr vor allem Projekte, die:
- Engagement digital umsetzten: Herausforderungen durch die Pandemie meistern und Chancen nutzen;
- gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und gesellschaftlicher Spaltung entgegenwirken;

- sich gegen politischen Extremismus engagieren und Gegenstrategien entwickeln;
- Haltung zeigen und aktiv gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind.

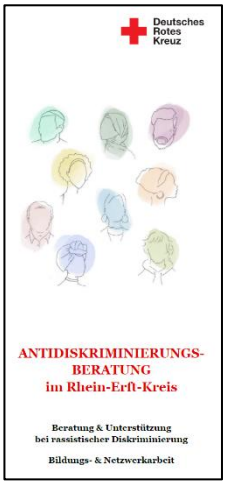
Mit dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ wollen wir
- Ihre ehrenamtliche, zivilgesellschaftliche Arbeit vor Ort für die breitere Öffentlichkeit sichtbar machen,
- übertragbare Beispiele identifizieren und zur Nachahmung empfehlen, die Vielfalt und die Qualität Ihrer Arbeit würdigen,
- durch Ihr Beispiel guter Praxis andere Interessierte inspirieren und anregen, selbst tätig zu werden,
- dazu beitragen, Ihr Projekt/ Ihre Initiative mit anderen zu vernetzen,
- den Transfer von Wissen und Kreativität untereinander zu befördern.

Die Aktivitäten sollen hauptsächlich von Ehrenamtlichen getragen werden und sich in der Praxis bewährt haben. Ausgeschlossen von der Teilnahme sind Beiträge, welche im Rahmen anderer Bundesprogramme finanziell gefördert werden. Ihre Teilnahme am Wettbewerb setzt das Einverständnis voraus, dass wir über die Projekte berichten dürfen und Sie Ihr Know-how ggf. auf Netzwerktreffen des Bündnisses weitergeben.“

Alle zur Bewerbung benötigten Informationen unter:
https://www.buendnis-toleranz.de/arbeitsfelder/wuerdigung/aktiv-wettbewerb/

Unterstützung nach Diskriminierungserfahrungen

Beratungsstelle im Rhein-Erft-Kreis



Der DRK Kreisverband Rhein-Erft e.V. teilt mit: „*Die beim DRK Kreisverband Rhein-Erft e.V. angesiedelte Beratungsstelle steht seit Anfang Februar offen für Menschen, die nach rassistischen oder antisemitischen Diskriminierungserfahrungen Rat und Unterstützung suchen. Dabei wird die Beratungsstelle aus Mitteln des MKFFI finanziert.*

Die Einzelfallberatung bildet den Schwerpunkt der Arbeit der Beratungsstelle. Es werden Menschen beraten, die rassistische oder antisemitische Diskriminierungserlebnisse gemacht haben. Der Beratungsprozess soll dabei die ratsuchende Person bestärken und ihre Handlungsfähigkeit nach einer diskriminierenden Erfahrung wieder herstellen. Dabei ist der Beratungsprozess immer parteilich und orientiert sich an den Wünschen und Bedarfen der ratsuchenden Person. Interventionsmöglichkeiten werden daher gemeinsam besprochen und das Ziel der Beratung durch die Ratsuchenden bestimmt. Auch Zeug:innen von rassistischen oder antisemitischen Vorfällen steht die Beratung offen.

Die Beratung ist kostenfrei, auf Wunsch anonym und findet in einem geschützten Rahmen statt. Auch während der Sars-CoV2-Pandemie kann nach vorheriger Absprache ein persönlicher Termin vor Ort vereinbart werden. Telefonische Beratungen sind ebenso möglich. Eine Terminabsprache kann entweder telefonisch oder via E-Mail geschehen. Die Beratung erfolgt nach den Standards des Antidiskriminierungsverband Deutschlands (advd).

Darüber hinaus ist die Antidiskriminierungsberatung ansprechbar für Vereine, Einrichtungen, Netzwerke, Institutionen und Einzelpersonen, die sich gegen Rassismus engagieren und dabei Unterstützung, Begleitung oder fachliche Expertise suchen. Je nach Bedarf und Anfrage kann die Antidiskriminierungsberatung hier durch Veranstaltungen, Inputs, Workshops o.ä. zur Seite stehen und rassismuskritische Prozesse begleiten oder ggf. an andere Fachstellen weitervermitteln. Die Beratungsstelle ist außerdem offen für Kooperationsanfragen und gemeinsame Veranstaltungs- und Projektplanung, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung richten.“

Kontakt:
Rahel Lorenz
Antidiskriminierungsberatung im Rhein-Erft-Kreis
DRK Kreisverband Rhein-Erft e.V.
Zeppelin Str. 25
50126 Bergheim
0151-46377191 | 02271-606122
rahel.lorenz@drk-rhein-erft.de

„Juden in Oświęcim 1918 -1941“

Bitte um finanzielle Unterstützung für englische Übersetzung

Die Autorin Lucyna Filip aus Oświęcim beabsichtigt die englische Übersetzung ihres Buches über die Geschichte der jüdischen Gemeinde in ihrer Stadt „Juden in Oświęcim 1918 -1941“ zu veröffentlichen und bittet um finanzielle Unterstützung. Auf Einladung der Kölnischen Gesellschaft und mehrerer Kooperationspartner hatte die Autorin im März 2015 im NS-Dokumentationszentrum auf der Grundlage ihres deutschsprachigen Buches einen inhalts- und facettenreichen Vortrag gehalten, in dem Sie über jüdisches Leben vor dem Krieg berichtete. Mehr als die Hälfte der 14000 Einwohner:innen der Stadt, in deren Nähe die deutsche Besatzungsmacht das Vernichtungslager Auschwitz errichtete, waren Jüdinnen und Juden. Auch die grausamen Ereignisse und Verbrechen nach der Besatzung thematisiert Lucyna Filip ausführlich. Sie möchte nun ihr Buch ins Englische übersetzen lassen und benötigt hierfür Spenden, die für Druck und Lektorat anstehen. Daher möchten wir dazu aufrufen, die Übersetzung dieses wichtigen Buches mit einer finanziellen Unterstützung zu ermöglichen.

Spenden können auf folgendes Konto überwiesen werden:
Lucyna Filip
IBAN: PL 88124041551978001 0/6228/5592
SWIFT: PKOPPLPW

„Bedroht zu werden, gehört nicht zum Mandat“

Ratgeber für Kommunalpolitik und -verwaltung von VBRG und BMB

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) und der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) teilen mit: „*Morddrohungen per E-Mail, Facebook und Twitter oder als Graffiti an der Hauswand, rassistische und antisemitische Bedrohungen, zerschnittene Autoreifen: Viele kommunalpolitisch Engagierte und Mitarbeiter-*innen in Verwaltungen erleben in der Pandemie eine Zuspitzung von rechten Angriffen und Drohungen. Doch ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten die Anfeindungen oftmals erst, wenn sich die Angegriffenen – wie zuletzt der Grünen-Politiker Tareq Alaows – aus ihren Positionen oder Ämtern zurückziehen. Oder wenn Mitarbeiter*innen von Verwaltungen bei anhaltenden Drohungen bspw. aus der Reichsbürger-Szene oder von Coronaleugner*innen unter Polizeischutz arbeiten müssen.*

*BMB und VBRG haben jetzt einen aktuellen 45-seitigen Ratgeber für kommunalpolitisch Engagierte veröffentlicht. Er richtet sich mit praktischen Handlungsmöglichkeiten sowohl an direkt Betroffene sowie deren Familie und Freund-*innen als auch an Vorgesetzte und Verantwortungsträger*innen in Kommunen und demokratischen Parteien. ‘Mit dem Ratgeber wollen wir allen, die ehrenamtlich oder hauptamtlich in der Kommunalpolitik aktiv sind oder in Verwaltungen arbeiten, einen praktischen Wegweiser an die Hand geben’, betonen Bianca Klose (BMB) und Robert Kusche (VBRG). ‘Denn nur, wenn die Betroffenen nicht alleine gelassen werden und effektive Unter-stützung erfahren, erhält Kommunalpolitik als wichtiges Feld zivilgesellschaftlichen Engagements und demokratischen Zusammenhalts den notwendigen Schutz.*“

Der Ratgeber zum Download unter:
https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2021/04/Ratgeber_Bedrohungen_Kommunalpolitik.pdf

Covid-19 und Integration

Auswirkungen der Pandemie auf Integration und Migration in Deutschland

Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg teilt mit: *„Ein Jahr COVID-19 hat nahezu jeden Aspekt von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik getroffen, der für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von Relevanz ist. Jedoch: Einwanderer:innen, Geflüchtete und deren Integration sind in der öffentlichen Debatte eher unter dem Radar geblieben. Wenig öffentlich beleuchtet und noch kaum mit verlässlichen Daten belegt, hat sich das COVID-19-Virus auch auf alle Bereiche der migrationsinduzierten Integration in Deutschland und Europa ausgewirkt: Gesundheit, Wohnen, Bildung und Ausbildung sowie Arbeit. Auch mehren sich Hinweise auf eine Zunahme von Diskriminierung und Rassismus – mit möglichen Auswirkungen auf gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das von der Stiftung Mercator unterstützte Projekt der FAU Erlangen-Nürnberg „Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration während und nach der COVID-19 Pandemie“ zeichnet diese Tendenzen nach einem Jahr Corona nach – und es verlängert diese Tendenzen mittels dreier Szenarien in die Zukunft. Das Scenario-Building ist ein probates Mittel in Fällen großer Unsicherheit und mangelhafter Datenlage. Es ermöglicht, unter der Frage „Was wäre, wenn…?“ komplexe Situationen zu entschlüsseln und denkbare, realistische und unterschiedliche Bilder der Zukunft zu entworfen – um diese im besten Falle auch zu beeinflussen*.“

Die Studie zum Download unter:
https://www.covid-integration.fau.de/files/2021/04/studie_covid19-integration_fau.pdf

Ohne Maske gegen Impfungen und Infektionsschutz

Corona-Proteste und die extreme Rechte

Der DGB teilt mit: *„Seit mehr als einem Jahr hat die Corona-Pandemie die Welt im Griff. Auch in der Bundesrepublik sind viele müde und manche wütend, weil Impfungen und Tests nicht vorankommen und es zumindest gefühlt ein Wechselbad der Informationen, Prognosen und Maßnahmen gibt. Dass Eltern am Ende ihrer Kräfte sind, weil die Doppelbelastung aus Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit sie ausgezehrt hat, dass Menschen in Sorge sind, weil sie ihre Angehörigen nicht regelmäßig sehen können, weil sie nicht wissen, ob ihr Arbeitsplatz sicher ist, dass es den Wunsch nach Normalität oder vielleicht nach einer Urlaubsreise gibt – das kann ich gut nachvollziehen. Aber: Bald kehrt Normalität zurück, wenn alle das Angebot einer Impfung erhalten haben. Niemand will die Demokratie abschaffen. Niemand will Grundrechte dauerhaft einschränken, die Wirtschaft mit Absicht in die Knie zwingen oder den ‚Great Reset‘.*

Niemand will den Menschen Mikrochips implantieren. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, mit Neonazis, Antisemiten, Verschwörungstheoretikern, mit den Feinden der Demokratie auf die Straße zu gehen. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, die Seuche zu verharmlosen und zu Zehntausenden ohne Maske, ohne Abstand neue Hotspots zu schaffen, während im Krankenhaus um die Ecke Menschen ums Überleben kämpfen, während das medizinische Personal auf dem Zahnfleisch geht, während wir um zehntausende Tote trauern müssen. Das ist mehr als eine Zahl: Es waren geliebte Angehörige, Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen.

Halten wir die hoffentlich letzten Wochen und Monate der Pandemie weiterhin solidarisch zusammen. Verteidigen wir unsere Demokratie!“

Der Blick punkt zum Download unter:
https://www.koop-son.de/fileadmin/user/Dokumente/2021/blickpunkt_corona_digi_final.pdf

Rechte Klangwelten
Von Rechtsextremismus bis in die „Mitte der Gesellschaft“

Die Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein teilt mit: *„Rechtsextreme Musik zeigt sich längst nicht mehr nur als Medium zur offenen Verbreitung von Ideologie oder eindeutigen Handlungsanweisungen. Über sie werden zunehmend auch ein Lebensgefühl, Bilder oder Stimmungen erzeugt, die im Sinne einer „Metapolitik“ die Bereitschaft zur Zustimmung zu rechtextremen Ideologiefragmenten bei Menschen beeinflussen sollen. Der Kernaspekt des Ausstellens und der Vermarktung von rechtsextremen Identifikationsangeboten oder einem bestimmten Gemeinschaftsgefühl bleibt dabei derselbe – mit dem Unterschied, dass z. B. Interpreten aus den Musikgenres des Dark Wave oder Neofolk sehr explizite Inhalte oftmals nur als vermeintlich unpolitische ästhetische Spielereien verkaufen. Entsprechend der Modernisierung und Ausdifferenzierung rechtsextremer Strukturen und Szenen hat sich auch rechtsextreme Musik verändert und sich neue Räume erschlossen.“*

Der Ratgeber zum Download:
http://www.rbt-sh.de/wp-content/uploads/2021/02/Rechte_Klangwelten_2021.pdf

---

Prävention spielt eine zentrale Rolle bei der Extremismusbekämpfung
Studie liefert Expertise

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) teilt mit: *„In der Auseinandersetzung mit* Rechtsextremismus *und Fremdenfeindlichkeit spielen präventive Maßnahmen eine zentrale Rolle. Für die Arbeit des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) haben Projekte im Bereich Extremismusprävention daher höchste Priorität. Sie sind zudem ein Hauptarbeitsschwerpunkt des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus.*

Präventionsmaßnahmen gezielt zu stärken ist auch die zentrale Handlungsempfehlung einer vom BMI finanzierten Studie der Universitäten Jena und Bielefeld zu den Wurzeln und Motiven von rechtsextremistischer Radikalisierung. Der Titel der Studie: ‚Radikalisierungsverläufe im Kontext von Anti-Asyl-Agitation’. Das BMI hatte das Forschungsvorhaben in Auftrag gegeben vor dem Hintergrund der seit 2015 deutlich gestiegener gewalttätiger fremdenfeindlicher Straftaten insbesondere durch bisher nicht extremistisch orientierte Täter aus unauffälligen Milieus (‚Normalbevölkerung’). Die Studie arbeitet eine Reihe sozialer und persönlicher Einflussfaktoren für Radikalisierungsprozesse heraus. Sie plädiert insbesondere dafür, Radikalisierungen möglichst von Vornherein durch gezielte Maßnahmen zu unterbinden.

Die Erkenntnisse der Studie haben wichtige Impulse gesetzt für die Arbeit des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus *und Rassismus. So sieht der Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zahlreiche präventive Maßnahmen vor − insbesondere im Verantwortungsbereich des BMI. Dazu gehört neben dem Ausbau der politischen Bildung auch die gezielte Förderung der Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft bei der Umsetzung gemeinsamer Präventionsprojekte. Das BMI wird im Rahmen des Abschlussberichts des Kabinettausschusses im Frühjahr 2021 über die ersten Schritte bei der Umsetzung dieser Maßnahmen informieren.“*

Der Abschlussbericht zum Forschungsprojekt zum Download unter:
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/04/studie-praevention.html

Stay with the trouble

Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Die Universität Hamburg teilt mit: „*Inwiefern sind Einrichtungen und Träger in den letzten fünf Jahren aufgrund ihrer fachlichen Praxis oder öffentlicher Positionierungen zum Gegenstand politisch begründeter Interventionen geworden? Zu dieser Frage liefert unsere bundesweite Erhebung neue Erkenntnisse. Unser Interesse galt dabei besonders den Einschätzungen der Fachkräfte, ihren Umgangsweisen sowie möglichen Konsequenzen. Dazu haben wir Muster politischer Interventionen qualitativ analysiert: Unsere Ergebnisse liefern so dichtere empirische Beschreibungen zu den sich häufenden Praxisberichten der letzten Jahre. Durchgeführt wurde sie im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V.*

Politische Interventionen entwickeln sich zu komplexen Interventionsgeschehen, ihnen liegen unterschiedliche Zielsetzungen zugrunde und Akteure des rechten Spektrums spielen eine gewichtige Rolle — so unsere Befunde. Ein großer Teil der Interventionen zielt dabei auf den Kern der Kinder- und Jugendarbeit, erschwert demokratisches Handeln sowie Positionierungen für Menschenrechte und gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Im Zentrum stehen dabei ‚Extremismus'-Vorwürfe und Neutralitätseinforderungen.

Unsere Studie zeigt zugleich, wie Betroffene erfolgreich mit diesen Interventionen umgehen und leitet hieraus Handlungsempfehlungen für Akteure der politischen Kinder- und Jugendbildung, für behördliche und politische Akteure sowie die Zivilgesellschaft insgesamt ab.

Wir bedanken uns herzlich bei den Kolleg:innen aus der Wissenschaft, die uns durch wertvolle Hinweise im Forschungsprozess unterstützt haben sowie bei den Expert:innen aus der Fachpraxis, die uns beim Feldzugang zur Seite standen und uns auf Fälle politischer Interventionen aufmerksam gemacht haben."

Weitere Informationen unter:
www.offene-jugendarbeit.net/index.php/projekte/stay-with-the-trouble

Neu in der Bibliothek

Kultur der Anerkennung

Der vorliegende Sammelband vereint verschiedenen Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis in der Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien. Zu Beginn vermitteln die Herausgeber einen Einstieg in das Thema und stellen den Zusammenhang zwischen sozialen (Um)brüchen, gesellschaftlichen Spaltungen und Radikalisierungsprozessen her. Sie plädieren dafür, entsprechende Phänomene wie Rechtsextremismus, Ultranationalismus und religiösen Extremismus weder zu exotisieren noch auszublenden, sondern sie als Ausdruck von Veränderungsprozessen in der Migrationsgesellschaft zu reflektieren und als Herausforderung an eine Praxis gegen Menschenfeindlichkeit zu verstehen. Diese bedürfe einer gemeinsamen Verantwortung in einer offenen demokratischen Gesellschaft.

Die genannten Herausforderungen werden in den folgenden sechzehn Beiträgen, die in vier Teile gegliedert sind, intensiv beleuchtet. Im ersten geht es aktuelle Fragen und Perspektiven. Oliver Decker und Julia Schuler beispielsweise stellen die Ergebnisse der bevölkerungsrepäsentativen Umfrage der Leipziger Autoritaismus-Studien (vormals Mitte-Studen) vor und zeigen, dass in den letzten Jahren ein Rückgang der allgemeinen „Fremdenfeindlichkeit" zu konstatieren ist, es jedoch weiterhin Gruppen gibt, die mit einem hohen Maß an Ablehnung konfrontiert sind. Die Frage der Identität (die eben nicht nur durch ethnische, sondern auch durch 'bürgerliche" Kriterien bestimmt ist) habe einen maßgeblichen Einfluss darauf, ob jemand zur Eigen- oder Fremdgruppe gezählt werde.

Die von Naika Foroutan und David Meiering in ihrem folgenden Beitrag aufgeworfenen Vergleichsebenen sind interessant – so ist Antisemitismus sicherlich in verschiedenen politischen Milieus zu verorten und spielt eine Rolle in den in der Überschrift des Artikels genannten Brückennarrativen zur 'Legitimierung von Ungleichwertigkeitsideologien in der Radikalisierung von Gruppen'. An wenigen Stellen werden allerdings doch allzu flott verschiedene Phänomene zusammengeworfen.
Mihri Özdoğan und Antonius Stief argumentieren schlüssig, dass der Vergleich von Antisemitismus und Rassismus schwierig sei, da es um unterschiedliche Beobachtungsebenen gehe. Und dennoch können sie in der pädagogischen Praxis zusammengedacht werden: Mit Rückgriff auf die Kritische Theorie, die den funktionalen Charakter des Antisemitismus analysiert, empfehlen sie der politischen Bildungsarbeit an den Richtungswechsel von einer gruppenorientierten zu einer problemorientierten Perspektive anzuknüpfen. Der Vorwurf, dass die Kritische Theorie der subjektivistischen Verkürzung gesellschaftlicher Phänomene Vorschub leiste, sei ein Missverständnis. Vielmehr könne man daraus ableiten, wie sich individuelle und kollektive Strukturen in einem gesellschaftlichen Prozess verschränken. Dies sei in der Begegnung des Antisemitismus wie auch des Rassismus von grundlegender Bedeutung.

Der zweite Teil widmet sich Ungleichwertigkeitsideologien im transnationalen Raum. In der Einleitung betonen die Herausgeber, dass rein nationale Strategien ebenso kurz greifen wie eindimensionale Handlungszuweisungen. Umut Akkuş und Ahmet Toprak stellen ein Forschungsprojekt zu Dimensionen des Salafismus vor. Dieser könne in Deutschland als eine 'Jugendkulturszene mit einem dogmatisch-fundamentalen und rigiden Religionsverständnis gedeutet werden". Für einen Großteil junger Menschen mache ihre Lebensstrukturen sowie 'religiöse Bezugspersonen aus der Familie oder der Gemeinschaft" den Salafismus attraktiv. Für Frauen gehe es trotz der rigiden Geschlechterordnung in dieser Szene um Selbstbestimmung und Emanzipation von Familie und den gesellschaftlich dominanten Lebensentwürfen.

Kemal Bozay, der Pionierarbeiten in der Analyse des Wirkens der Grauen Wölfe in Deutschland geleistet hat und Lena Wiese schreiben über ultranationalistische Einstellungen von jungen Frauen bei den Grauen Wölfen. Die Frauen seien nicht nur Opfer patriarchaler Strukturen ihrer Familien, sie würden auch die 'Hierarchisierung der Geschlechter über Generationen durch die Entsprechung und der Weitergabe der konservativen, ultranationalistischen Ideologien in

ihrer Erziehungsarbeit" reproduzieren und stabilisieren.

Ob die Deradikalisierungsstrategien in Kolumbien, wie sie im Artikel von Claudia Luzar und Damien Raiser beschrieben werden, für die präventive Arbeit in Deutschland tatsächlich wichtige Impulse liefern, scheint aufgrund der länderspezifischen Grundvoraussetzungen doch fraglich. So ist das für diese These vorgebrachte Argument, dass es auch hierzulande die Notwendigkeit gebe, 'ländliche und häufig dünn besiedelte Gebiete mit in den Blick zu nehmen" nicht unbedingt schlüssig. Auch der geforderte Dialog zwischen Vertretern der 'offenen und durch Diversität gekennzeichneten Gesellschaft" und denjenigen, die 'Nationalstaat, Stabilität und Rückzug" propagieren, ergibt sich nicht aus einem Ländervergleich. Emre Aslan spricht in seinem Beitrag von einer „Dialog-Illusion", auch wenn er diese in seinem Beitrag auf anderer Ebene verortet: Eine Begegnung zwischen rechtsorientierten Menschen und Geflüchteten beispielsweise sei kein paritätischer Vorurteilsabbauprozess, da beide Gruppen nicht den gleichen Status besitzen. Aslan hinterfragt die Vorstellung von Demokratie als freier Markt der Ideen. Akteur*innen mit einem großen ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapital besäßen mehr Möglichkeiten, toxische Ideen in den Diskurs einzuspeisen.

Der dritte Teil behandelt Ungleichwertigkeitsvorstellungen im kommunalen Kontext, wobei man sich hier für verschiedene Beispiele aus Rostock, Offenbach und Frankfurt (Oder) entschieden hat.

Im vierten Teil schließlich werden verschiedene Präventionsmöglichkeiten diskutiert. Positiv hervorzuheben ist, dass die Herausgeber an verschiedenen Stellen die Arbeit gegen Antiziganismus aufgenommen haben, so auch hier wenn Christoph Leucht und Dzoni Sichelschmidt über die Maßnahmen des Hamburg ROMED berichten (z.B. Bildungsberater).
Der wortgewaltige Beitrag von Bernd Wagner zu 'Deradikalisierung und Ausstiegsarbeit mit Rechtsextremisten" ist mitunter stark vom Furor gegen eine vermeintliche "antifaschistische Zuweisungs- und Narrationsgemeinschaft" oder ein "Deradikalisierungsmilieu" (gemeint sind hiermit wohl Initiativen jenseits von EXIT) geprägt und trägt daher leider nur bedingt zu einer kritischen Auseinandersetzung mit Ausstiegsarbeit bei.

Das trübt jedoch nicht die Gesamtbilanz. Der Ansatz, die verschiedenen menschenverachtende Ideologien in der Migrationsgesellschaft in den Blick zu nehmen und damit der Komplexität moderner Gesellschaften gerecht zu werden, ermöglicht interessante Impulse für die Bildungsarbeit und die politische Diskussion (kg)

Dierk Borstel, Kemal Bozay (Hrsg.): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit Antworten für die pädagogische und politische Praxis
Beltz Juventa, Weinheim/Basel 2020
312 Seiten, 24,95 Euro
ISBN 978-3-7799-6023-2

Antisemitismus an Schulen

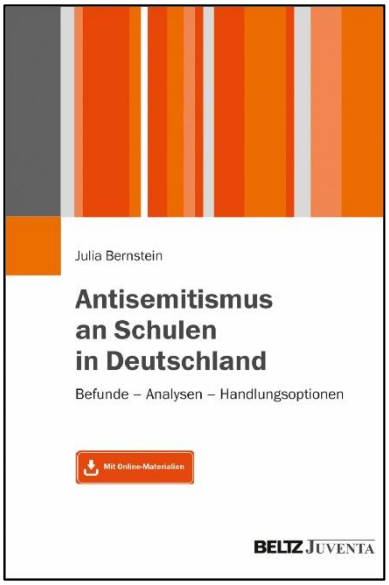
Die Forschung hat jahrzehntelang jüdische Perspektiven auf Antisemitismus ausgeblendet – so, als ob es keine Menschen gäbe, die durch antisemitische Anfeindungen und Übergriffe überaus realen Bedrohungen und Gefährdung ausgesetzt wären. Erst in den letzten Jahren existieren Bestrebungen, Jüdinnen*Juden aufmerksam zuzuhören – Menschen, die zum Teil täglich Antisemitismus erfahren müssen und die Familienbiografien aufweisen, in denen sich zum Teil über viele Generationen Erfahrungen mit Antisemitismus widerspiegeln. Julia Bernstein leistet hier Pionierinnenarbeit – und legt mit ihrer im Jahr 2020 veröffentlichten, umfangreichen Studie ‚Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen' eine beeindruckend komplexe und multiperspektivische Analyse vor, in der jüdische Schüler*innen und Lehrkräfte zu ihren Erfahrungen berichten, bei der aber auch die Perspektiven nicht-jüdischer schulischer Akteur*innen beleuchtet werden. Im Rahmen ihrer Untersuchung befragte sie in 61 Interviews jüdische Schüler*innen, deren Eltern sowie Sozialarbeiter*innen, 132 jüdische und nicht-jüdische Lehrkräfte sowie 44 nicht-jüdische Schüler*innen und Studierende und 14 Menschen mit antisemitismusbezogenem Expert*innenwissen, die in Bildungsorganisationen tätig sind. Im Buch aufgenommen sind Beiträge von Marina Chernivsky, Jörg Rensmann und Michael Spaney mit spezifischen Fokussierungen u. a. auf ‚Empowerment' und auf ‚das Israel-Bild in deutschen Schulbüchern'. In ihrer qualitativen Forschungsarbeit, die eine der wichtigsten Studien der empirischen Antisemitismusforschung der letzten Jahre darstellt, kommt Julia Bernstein zu dem Schluss: „Antisemitische Anfeindungen und

Angriffe sind […] unbedingt vor [dem] […] Hintergrund ihrer Auswirkungen auf Betroffene wahrzunehmen: Für Außenstehende mag antisemitisches Handeln ein Ereignis darstellen, das sich im Alltag im Kontrast zu anderen Ereignissen verflüchtigt. Für Betroffene haben diese Ereignisse eine ganz andere Tragweite, die im biographischen Kontext familiärer Leiderfahrungen, Traumatisierung, der Kontinuität der Antisemitismuserfahrung und dem emotionalen Umgang damit steht, was keinem Außenstehenden überhaupt zugänglich ist“ (438).

In der Analyse der Interviews werden die Perspektiven der Betroffenen in den Mittelpunkt gerückt und in erdrückender Weise wird das Facettenreichtum der Zumutungen und Bedrohungen deutlich, denen die jüdischen Interviewten im schulischen Rahmen – durch Mitschüler*innen, aber zum Teil auch durch Lehrkräfte – ausgesetzt sind. Antisemitismus, so Julia Bernstein, stellt sich „an Schulen für die Betroffenen als ‚Normalzustand‘ dar“ (480). Viele Betroffene sehen sich mit diesem Problem alleingelassen und nehmen wahr, dass sie nicht ernstgenommen werden. Nicht-jüdische Lehrkräfte weisen laut Bernstein oftmals „Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsweisen [auf], innerhalb derer Antisemitismus aus einer Unwissenheit, Empathielosigkeit oder Abwehrhaltung heraus nicht wahrgenommen und in der Folge bagatellisiert wird“ (482).

Antisemitismus…? Schon wieder? Nein, Antisemitismus ist nach der Katastrophe der Shoah nicht plötzlich verschwunden – und wie Julia Bernstein nachdrücklich deutlich macht: er macht auch vor Schulen nicht Halt; im Gegenteil: Für viele jüdische Schüler*innen und Lehrkräfte „ist Antisemitismus in der Schule ein alltägliches Problem“ (82). Er erschwert massiv und verhindert häufig „einen selbstverständlichen, offenen und ‚normalen‘ Umgang mit jüdischen Identitäten“ (84).

Die Autorin verbleibt in ihrer Studie jedoch nicht bei einer bloßen Problembeschreibung, sondern ermöglicht grundlegende Zugänge zum Verständnis des Phänomens ‚Antisemitismus‘ in seiner historischen Gewordenheit und mit seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen sowie seinen Funktionen. Sie zeigt Unterschiede zwischen Antisemitismus und Rassismus auf und offeriert zahlreiche Methoden zur Reflexion des eigenen Wissensstandes, der eigenen Wahrnehmungsweisen und der eigenen Haltung. Daneben werden auch Handlungsmöglichkeiten dahingehend diskutiert, wie Antisemitismus an Schulen in nachhaltiger Weise entgegengearbeitet und -gewirkt werden kann. In einem online verfügbaren Anhang werden in sehr umfassender Weise Informationen u. a. zu Bildungs- und Beratungsstellen und zu deutsch- und englischsprachigen Broschüren zum pädagogischen Umgang mit Antisemitismus bereitgestellt.



„Eine Bedingung dafür, etwas zu verändern, ist, das Problemfeld Antisemitismus an Schulen in seiner ganzen Tragweite wahrzunehmen“ (494), so Julia Bernstein. Nun: Eine solche Wahrnehmung ermöglicht die vorliegende Studie. Mit Blick auf die angesprochenen Veränderungen sei die Studie inkl. der darin formulierten Handlungsempfehlungen insbesondere in schulischen Zusammenhängen Tätigen sowie jenen empfohlen, die sich im Rahmen der Lehrer*innenbildung oder in der Lehre bzw. dem Studium der Sozialen Arbeit/Sozialpädagogik mit dem Themenfeld ‚Antisemitismus‘ beschäftigen möchten. Daneben bietet sie jedoch sicher auch sehr wertvolle Impulse für Professionalisierungsprozesse – hinsichtlich einer sensiblen Wahrnehmung des Antisemitismus und eines Umgangs damit – für all jene, die sich in weiteren pädagogischen Tätigkeitsfeldern, zum Beispiel der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, verorten. (Stefan Hößl)

Julia Bernstein: Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen
Beltz Juventa, Weinheim/Basel 2020
615 Seiten, 49,95 Euro
ISBN: 978-3-7799-6224-3

Am rechten Rand

Antisemitischer Übergriff

In der Nacht zum 4. April ereignete sich in Köln ein mutmaßlicher Raubüberfall, ein politisch motivierter antisemitischer Hintergrund der Tat kann nicht ausgeschlossen werden. Ein 52 Jahre alter Mann wurde von Passant*innen verletzt auf einem Gehweg vorgefunden und ins Krankenhaus gebracht. Er wurde von einem oder mehreren Täter*innen mit einem Schlag auf dem Hinterkopf außer Gefecht gesetzt. Neben seiner Lederjacke und seinem Mobiltelefon wurde ihm auch seine Kipa entwendet. Nun ermittelt der Staatsschutz. (rh)

Farbanschlag auf das Auto von Karl Lauterbach

Am Abend des 16. April wurde das Auto von Karl Lauterbach (SPD-Politiker und Mediziner) Ziel eines Farbanschlages. Das Auto inklusive seiner Windschutzscheibe wurden mit Farbe überschüttet, das Fahrzeug war anschließend nicht mehr nutzbar.

Lauterbach erlangte durch die Debatten um die Corona-Schutzmaßnahmen an bundesweiter Berühmtheit und sieht sich häufiger Beleidigungen und Todesdrohungen ausgesetzt. Diese gehen von Corona-Leugner*innen und Kritiker*innen der Corona-Schutzverordnungen aus. So wurde beispielsweise wenige Tage nach dem Farbanschlag in der Telegram-Gruppe „Widerstand Köln“ um Johanne Liesegang die Adresse von Lauterbach veröffentlicht. Dabei wurde dazu aufgerufen, sich „persönlich an seinem Wohnort eine zweite Meinung von seinem Experten-Wissen“ abzuholen.

Auch der „Aufbruch Leverkusen“ wettert immer wieder gegen den SPD-Politiker. Am 29. März heißt es exemplarisch auf der Facebook-Seite: „Lauterbach, Merkel und Co. Wollen uns weiter mit unverhältnismäßigen Maßnahmen peinigen.“ Weiter zeigt sich am Beispiel des „Aufbruch Leverkusen“, dass sich neben dem rechts konnotierten ironischem „Danke Merkel“ nun auch der Slogan „Danke Lauterbach“ etabliert hat. (rh)

Bundeskongress der „Jungen Alternative“

Am 17. und am 18. April fand der Bundeskongress der „Jungen Alternative“ (JA) in Volkmarsen (Hessen) statt. Hier wurde das neue Führungsduo, bestehend aus Carlo Clemens und Marvin Neumann, gewählt. Clemens hat auch den Posten des Landesvorsitzenden der JA NRW inne, ist für die AfD Mitglied im Rat der Stadt Bergisch Gladbach und im JA Bezirksverband Köln aktiv. Neumann ist Teil des Landesverbandes der JA in Brandenburg.

Die neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ beschreibt „Clemens als Vertreter der eher liberal-konservativ geprägten Westverbände“ und „Neumann als Mittelsmann des sozialpatriotischen Lagers“. Clemens sympathisiert mit dem verstorbenen österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider und dem belgischen Vlaams Belang, den Verfassungsschutz beschriebt er als einen „politisch instrumentalisierten Inlandsgeheimdienst“. Neumann prangerte in seiner Bewerbungsrede einen „Weißen-feindlichen Rassismus“ an, agitierte gegen „Massenmigration als Normalzustand“ und sprach von „72 oder noch mehr Geschlechtern“.

Zum neuen JA-Vorstand gehören zudem Tomasz Froelich, Mary Khan, Tomas Ladzinski, Anna Leisten, Nils Hartwig, Eric Engelhardt, Jochen Lobstedt, Sören Schwarzer, Kevin Michalzik, Justin Salka, Sven Kachelmann, Adrian Maxhuni und Lena Alt. Leisten und Khan tauchen auch hin und wieder bei Online-Mitmachaktionen der Gruppe „Lukreta“ auf. (rh)

Rassistische Graffiti in Aachen

Zwischen dem 17. und dem 18. April tauchten in Horbach mehrere Graffiti mit rassistischen Inhalten auf. Auf dem Gelände des Fußballvereins wurden unter anderem mehrere Hakenkreuze mit weißer Farbe auf einen Unterstand und einen Container gesprüht. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. (rh)

Hitlergruß nach Hinweis auf die Maskenpflicht

Am Nachmittag des 23. Aprils kontrollierte die Bundespolizei einen Mann am Bahnhof in Köln-Mülheim, der keinen Mund-Nasen-Schutz trug. Auch nach Ansprache verweigerte dieser das Tragen einer Maske. Als sich eine Passantin in die Diskussion einbrachte, reagierte der Mann mit dem Zeigen des Hitlergrußes. Diesen soll er mit den Worten „Heil dem Führer“ begleitet haben. Neben einem Platzverweis erhielt er eine Anzeige wegen „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“. (rh)

Landesparteitag von „Die Rechte“

Zu seinem fünften Landesparteitag fand sich der nordrhein-westfälische Landesverband der neonazistischen Kleinstpartei „Die Rechte“ am 24. April in der Erfthalle in Kerpen ein. Eröffnet wurde der Landesparteitag durch den aktuellen Bundesschatzmeister und Gründer der Partei, Christian Worch. Auch Sven Skoda (Bundesvorsitzender) meldete sich zu Wort und betonte die Hoffnung und die Kraft, die in dem Ausbau von Strukturen und Protesten auf der Straße lägen.

Dies scheint „Die Rechte Rhein-Erft“ sehr ernst zu nehmen. So unterstützte sie laut Eigenangaben am 11. April den Protest gegen die Corona-Schutzmaßnahmen auf dem Kölner Heumarkt und am 17. April in Düsseldorf. „Die Rechte“ inszeniert sich hier als „Sandkorn im Getriebe der desaströsen Corona-Politik“ und führt „Heimatschutz statt Mundschutz“ als einer ihrer neuen Slogans ein.

Als neuer Landesvorsitzender wurde Alexander Deptolla (Dortmund/Organisator des extrem rechten Kampfsportevents „Kampf der Nibelungen“), als sein Stellvertreter René Laube (Kreis Düren) gewählt. Markus Walter (Kerpen) übernimmt den Posten des Landesschatzmeisters. Der derzeitig inhaftierte Sascha Krolzig sowie Henry Schwind, Matthias Deyda und Tim Hauptführer fungieren als Beisitzer des neuen Landesvorstandes. (rh)

Bundesparteitag der AfD

Am 10. und am 11. April 2021 fand der zwölfte Bundesparteitag der „Alternative für Deutschland“ (AfD) trotz der Corona-Pandemie in Präsenz in Dresden statt. Dabei wurden die Weichen für die diesjährige Bundestagswahl gestellt und u.a. die Kampagne „Deutschland. Aber normal“ präsentiert. Konkret ging es dabei um zwei Kampagnenfilmen sowie die neuen Entwürfe der Wahlplakate. Hier heißt es beispielsweise „Berlin macht mehr Mist als unser Vieh. Faire Bedingungen für unsere Bauern“ oder „Wofür mein Vater damals nach Deutschland kam? Für Deutsche Leitkultur. Unser Land. Unsere Werte.“

Sowohl in den Werbefilmen als auch auf den Plakaten fordert die AfD ein vermeintlich „normales“ Deutschland. Nur was versteht die Partei unter „normal“? Das wird vor allem in dem neuen Wahlprogramm deutlich, das radikaler ausfällt als die Jahre zuvor. So fordert die AfD beispielsweise den Austritt aus der EU, die Rückkehr zu Grenzkontrollen sowie eine Migrationspolitik nach japanischem Vorbild. Dieses sieht vor, dass die Einwanderung allumfassend, das heißt auch die Einwanderung von Fachkräften, stark eingeschränkt wird. Auch der Antrag zur Ablehnung des Familiennachzuges für geflüchtete Menschen wurde mit in das Wahlpro-

gramm aufgenommen. Hierfür hat sich besonders der völkische Rechtsaußenpolitiker Björn Höcke stark gemacht.

Ein weiterer inhaltlicher Aufhänger des Parteitages war die Corona-Pandemie. Die AfD lehnt die momentane Corona-Politik der Bundesregierung ab. Dies wurde schon durch die Begrüßungsrede des Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen deutlich, der die anderen Parteien als „Verbotsfanatiker“ bezeichnete. In ihrer verabschiedeten Corona-Resolution fordert die AfD zum Beispiel die sofortige Beendigung des Lockdowns sowie die Abschaffung der Maskenpflicht. Dabei verharmlost sie die Folgen der Pandemie. Auch mit ihrem Wahlprogramm propagiert die AfD eine Normalität, die sich viele unter den momentanen Corona-Schutzverordnungen herbeisehnen. Einen Alltag ohne körperlichen Abstand zu nahe stehenden Menschen, ohne Homeoffice oder Homeschooling.

Der Parteitag machte deutlich, dass die AfD sich noch weiter radikalisiert hat. Vieles, was in Deutschland normal geworden ist, wie beispielsweise die Mitgliedschaft in der EU, offene Grenzen sowie die Diversität der Bevölkerung, wird von der AfD abgelehnt. Und obwohl viele Medien, wie Der Spiegel, Die Süddeutsche und andere, eine weitere Radikalisierung der Partei und einen Sieg des rechten, völkisch-autoritären Flügels sehen, bleibt sich die Kölner AfD treu und verhält sich nicht zu den aktuellen Entwicklungen. Die einzige Äußerung zum Parteitag lag darin, Fotos der Wahlplakate über die Social Media-Kanäle zu verbreiten. (sj/rh)

„Vor Ort”-Texte aktualisiert

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln hat die Hintergrund-Texte in der Rubrik „Vor Ort” für die Stadt Aachen, sowie für die Kreise Städteregion Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg und Rhein-Erft aktualisiert. Die Informationen entsprechen dem Sachstand von Anfang April 2021.

Unter „Vor Ort” informieren wir über extrem rechte Gruppen und deren Aktivitäten in den Kreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Köln. Außerdem finden Sie hier Kontaktmöglichkeiten zu ausgewählten zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Hier geht es zur Rubrik „Vor Ort”:
www.mbr-koeln.de/vor-Ort

Bildnachweise:
S. 2: Screenshot nsdok.de
S. 3: NS-DOK/Georg Bungarten
S. 4: KAS
S. 5: LWL (o.), FES (u.)
S. 6: Bündnis „Aachen Postkolonial“
S. 7: BIPoC Referat der Universität zu Köln
S. 8: FES
S. 10: KAS
S. 13: Caritas Leverkusen
S. 14: AAS (o.), NS-DOK/Georg Bungarten (u.)
S. 15: Screenshot Shalom Cologne
S. 16: MBR NRW
S. 17: OBR/BackUp
S. 18: PfD Köln
S. 19: DRK Rhein-Erft
S. 20: BMB/VBRG
S. 21: DGB/philippgehrke/shutterstock
S. 22: RBT SH
S. 24: Beltz Juventa
S. 26: Beltz Juventa
S. 29: MBR Köln

Impressum
Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de
Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 30.04.2021

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile ‘Newsletter abbestellen’.

Stadt Köln